Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 26.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

24. Juni 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnißnahme.

Bei Quartalschluß

müssen sämmtliche Briefabonnements

baar vorausbezahlt werden.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht mehr statt.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnenten werden mit Nr. 27 gesperrt.

Ersatz für Versandtverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamation.

Sämmtliche Besteller wollen dies künftighin ein für allemal festhalten.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind Briefabonnements unzulässig.

Abonnements für die Schweiz

erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland

sperren wir mit Quartalsablauf, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Expedition des Sozialdemokrat.

Die Sozialdemokratie und die Armee.

Schreiber dieses hat niemals zu Denen gehört, welche die „Propaganda in der Kaserne" befürworteten. Er ist im Gegentheil der Ansicht, daß diese „Kasernenpropaganda" eine recht große Dummheit ist und blos Wasser auf die Mühle unserer Feinde. Durch solche Albernheiten kann nur geschadet werden. Und wirksam kann die Kasernenpropaganda erst dann sein, wenn die Disziplin bereits untergraben oder vollständig zerstört ist, wie 1848 und 1849 in Baden.

Können solche Zeiten wiederkehren? Unsere heutigen Staatslenker glauben: Nein! In der „Leipziger Zeitung" vom 11. Juni d. J. findet sich da ein gar kurioser Leitartikel, der hier abgedruckt sein soll. Er lautet:

Unter dem Titel: „Das Volk in Waffen im Sinne der Demokratie" ist soeben in R. von Decker's Verlag (Berlin) eine auf handschriftliche Aufzeichnungen gegründete Geschichte der Märztage von 1848 erschienen. In derselben wird in meisterhafter Weise die Unzulänglichkeit von Bürgerwehren im Kampfe gegen die Revolution und im Anschluß daran das Gefährliche nachgewiesen, was in einer unzeitgemäßen Milde gegenüber Erhebungen einer auf den Umsturz der staatlichen Verhältnisse abzielenden Bevölkerungsklasse (!) liegt. Die allmälig fortschreitende Verwickelung der Verhältnisse 1848 in Berlin zeigt mutatis mutandis eine unverkennbare Aehnlichkeit mit dem Schauspiel, welches gegenwärtig in Belgien sich abspielt. Das prägt sich insbesondere in dem Verhalten der Umsturzpartei gegenüber der Militärmacht aus. Die Taktik von 1848 scheint man jetzt in Belgien wiederholen zu wollen. Sie besteht darin, daß man einerseits die Massen an den Anblick und das Zusammentreffen mit der bewaffneten Macht gewöhnt, worin ja für die Menge zweifelsohne anfangs wenig Verlockendes der Gefährlichkeit der Sache wegen liegt — andererseits sucht man durch ununterbrochene Aufläufe und Ruhestörungen, ohne vorerst zu offener Gewaltthat zu schreiten, die Kraft der unaufhörlich konsignirten Truppen aufzureiben und, wenn möglich, sogar deren Zuverlässigkeit zu erschüttern. Die letzten Aufstände in den belgischen Kohlendistrikten haben dafür reichliche Beweise geliefert. Unausgesetzt ist die Internationale bemüht gewesen, die sozialistische Propaganda in der Armee zu verbreiten, leider sogar in einigen Fällen nicht ohne Erfolg. Bei den Zusammenstößen mit den zur Herstellung der Ordnung einschreitenden Truppen war anfangs allgemeine Panik der Aufrührer, später schon größere Dreistigkeit, passiver Widerstand, ja schließlich sogar offene Widersetzlichkeit zu beobachten. Durch Anzettelung von partiellen Ansammlungen zerstreute man die ohnedies schwachen Streitkräfte und trat dann an den Orten, wo ungenügende Truppen waren, mit offener Gewaltthat hervor. In mehreren Fällen war das schwache Militär gezwungen, zurückzuweichen. Die moralische Wirkung davon wird nicht ausbleiben: denn dadurch ist einerseits das Vertrauen der Truppen in ihre eigene Kraft bedenklich erschüttert, andererseits aber die Zuversicht der sozialistischen Agitatoren und deren Heeresfolge auf das Höchste gestiegen. Ein Blick auf die Ereignisse in Berlin in den Maitagen von 1848 lehrt, daß in dem Drama von Belgien nur noch der Schlußakt, der offene Kampf mit der Waffe in der Hand, fehlt.

Als einleitende Momente finden wir auch dort Anhäufungen von Menschenmassen, Bedrohung von Wachen, in deren Schutz sich die vom Pöbel bedrohten Sicherheitsbeamten haben flüchten müssen, Vergreifen an fremdem Eigenthum, speziell Ladenberaubungen, Anrücken des Militärs, Verhöhnung, Beschimpfung, Widerstand seinem Einschreiten (ohne Waffengebrauch) gegenüber, Verstärken der Truppen beim Wachsen der Unordnung und des Tumultes; dann plötzlich nach einigen aufreibenden Tagen scheinbare Wiederaufnahme der geschäftlichen Thätigkeit; das alltägige Leben scheint in seine gewöhnlichen Geleise zurückgekehrt zu sein, dem Uneingeweihten bietet sich ein Bild vollkommener Ruhe und Ordnung dar. Die militärischen Maßnahmen verringern sich, schon im Hinblick auf das Aufreibende des fortwährenden Aufgebots; die öffentliche Meinung beruhigt sich, umsomehr, als man glaubt, was man hofft, hier das Harmlose der Volksaufläufe. Plötzlich wiederholen sich die Volksansammlungen, wieder erscheint das bereitgehaltene Militär, aber der Erfolg seines Auftretens ist auf einmal ein anderer geworden. Interessant sind in dieser Hinsicht die Aufzeichnungen des oben angeführten Werkes. Dem 18. März, dem Tage, an welchem bekanntlich der Straßenkampf begann, war ein vollständig ruhig verlaufender Tag (17. März) vorangegangen. Gegen Mittag des 18. März selbst sammelten sich bedeutende Menschenmassen vor dem königlichen Schloß; als der König auf dem Balkon erschien, wurde er mit enthusiastischen Vivats begrüßt; als er aber zurückgetreten war, erscholl eine halbe Stunde lang enormes Geschrei: „Hoch! Militär zurück!" Der König erschien nun ein zweites Mal auf dem Balkon, von tausendfältigen Vivats begrüßt. Da das Schreien und Lärmen indeß nach seinem Rücktritt vom Balkon immer ärger wurde, befahl der König nunmehr die Räumung des Platzes. Damit beauftragt wurde nur eine Schwadron Garde-Dragoner, die im Schloßhof hielt. Als dieselbe im Schritt, mit eingestecktem Gewehr, in der Marschkolonne zu Dreien durch ein rückwärtiges Thor (Portal Nr. 4) hinausgetreten war, stürzte das Volk den Reitern mit gewalligem Geschrei entgegen, wobei nur die Worte „Militär zurück!" in dem Getöse zu unterscheiden waren. Die Pferde wurden unruhig und traten zurück, ein Kommando war absolut unmöglich verständlich zu geben, der Rittmeister riß deshalb den Säbel aus der Scheide, um seinen Leuten zu winken, vorzurücken. Das Volk wich hastig zurück. Die Eskadron umritt nunmehr den Platz in der Zugskolonne; einige Dragoner an den Flügeln, die das Gewehr aufgenommen hatten, um erfahrenen Unbilden zu begegnen, wurden veranlaßt dasselbe wieder einzustecken. Im Verein mit zwei Kompagnien Kaiser-Franz-Grenadieren, die vom Schlosse aus mit Trommelschlag und Gewehr über ausrückten, gelang es nunmehr, den Schloßhof ziemlich zu säubern. Dabei hatten sich zwei Gewehre entladen, ohne Schaden zu thun. Die Schüsse schienen jedoch die Veranlassung zum sofortigen Auseinandergehen der Menge gegeben zu haben. Als nunmehr aber die Truppen nach dem Schlosse zurückkehrten und den Schutzbeamten die Freihaltung des Platzes überließen, veränderte sich wie mit einem Schlage das Bild.

Die Schutzbeamten waren grade bemüht, das über die lange Brücke drängende Volk zurückzutreiben, als ein mit Brettern beladener Wagen vom Schloßplatze herkommend die Brücke passiren wollte. Im Nu bemächtigte sich der Pöbel des Wagens und der Bretter, der Barrikadenbau begann auf der Brücke. „Unmittelbar nach diesem Vorgange zeigte das Benehmen der Volksmassen, speziell die Niedermetzelung der Posten vor der Bank, die Mißhandlung eines Gendarmeriehauptmanns und der selbst in unmittelbarer Nähe des Schlosses plötzlich wie auf einen Zauberschlag beginnende Barrikadenbau, daß der Agitation ihr Werk, die Entfesselung der rohen Masse, gelungen sei. Berlin befand sich im Aufstand. Die rothe Fahne wurde nunmehr sonder Scheu entfaltet. Die vom Pöbel unmittelbar angegriffenen, mit Gewehrschüssen empfangenen Truppen schritten nunmehr mit aller Energie ein. Auf beiden Seiten floß Blut. Der plötzlich, wie auf unsichtbares Kommando, an den verschiedensten Punkten der Stadt entbrannte Kampf währte bis tief in die Nacht hinein, an einzelnen Punkten sogar bis zum andern Morgen."

Dieser geschichtliche Rückblick auf eine schwere Zeit dürfte in unseren Tagen, wo in Belgien sich die Gegensätze zwischen der staatlichen Ordnung und dem Pöbel immer mehr zuspitzen, des Interesses nicht entbehren, selbst wenn dieser Hinweis erfreulicher Weise auf deutsche Verhältnisse ohne jeden Bezug ist. Die Erfahrungen von 1848 und 1871 (Pariser Kommune) haben ja die Ueberzeugung, daß nur rückhaltlose Entschlossenheit gegenüber staatsfeindlichen Tendenzen zum Ziele führt, in Deutschland begründet und befestigt. Das Aufleben einer Pöbelherrschaft ist bei uns ein Ding der Unmöglichkeit, nicht weil die Elemente fehlten, die sie herbeizuführen sehnten, sondern weil die Staatsmacht sich ihrer Aufgabe für staatliche Sicherheit und Ordnung vollbewußt ist und mit Kraft für deren Erfüllung einzutreten weiß."

Dies der Artikel.

Zunächst sei konstatirt, daß der Bericht über die Märzkämpfe in Berlin durch und durch falsch ist, und daß namentlich jener berüchtigte Ueberfall, der dem jüngeren Bruder des Königs von Preußen den Namen „Kartätschenprinz" eintrug, ganz vergessen ist.

Doch lassen wir das.

Das, worauf es ankommt, ist die Frage: Bietet die gegenwärtige Armeeorganisation den Machthabern bessere Chancen als die Armeeorganisation vor 1848?

Auf den ersten Blick scheint es fast so. Die Armeen sind weit zahlreicher, und die Zucht ist eine strammere. Allein das will nichts besagen. Denn bräche heute ein Aufstand aus, so würden der Armee auch weit zahlreichere und „strammere" Massen gegenüberstehen. Das gleicht sich also aus. Im Verhältniß zu der Stärke der Elemente, welche es „niederzuhalten" gilt, waren die stehenden Heere vor 1848 und 1849 sicherlich ebenso stark wie heute. Und wir stehen keinen Augenblick an zu erklären, daß unserer Ueberzeugung nach auch damals, bei guter Leitung, die bewaffnete Macht im Stand gewesen wäre, die Volksbewegung zu unterdrücken — gerade wie sie heute unstreitig dazu im Stande ist.

Es fehlte eben damals im entscheidenden Moment an der guten Leitung. Und wohlgemerkt, unter guter Leitung verstehen wir nicht blos die militärische.

Hätte am 20. Februar 1848 Louis Philippe eine Ahnung davon gehabt, daß Paris sich in 2 Tagen erheben würde — es wäre ihm ein Leichtes gewesen, den Aufstand niederzuschlagen. Aber Louis Philippe, schlau wie er war, hatte keine Ahnung davon — er wurde von den Ereignissen überrascht, und verlor den Kopf — der Armee fehlte die nöthige gute Leitung.

Genau ebenso war es in Wien — wo Metternich, der Virtuos der Reaktionspolitik, vor dem 40 Jahre lang „siegreich" bekämpften Geiste der Revolution die Segel streichen mußte.

Und in Berlin die gleiche Kopflosigkeit.

Bilden die heutigen Staatslenker sich etwa ein, gescheidter, besonnener, mit besserem Ueberblick und größerem Scharfsinn begabt zu sein als die Louis Philipp und Metternich's? Das wäre eine lächerliche Selbstüberschätzung.

Volkserhebungen kommen immer unerwartet — sind sie erwartet, so werden sie schon in der Geburt erstickt. Und das Unerwartete, nicht Verstandene verblüfft. Bilden unsere heutigen Staatslenker sich etwa ein, eine Ausnahme zu machen?

Uns kann's recht sein.

Was nun insbesondere den kolossalen Maßstab der gegenwärtigen Armeen betrifft, so bildet derselbe einem Volksaufstande gegenüber eher ein Element der Schwäche, und zwar nach zwei Richtungen hin:

Erstens weil die Zahl der demokratischen und sozialdemokratischen Elemente im Heer; und

Zweitens weil die Zahl der militärisch geschulten Arbeiter und Bürger außerhalb des Heeres eine weit größere ist.

Die Herren, welche jetzt in unseren modernen Riesenarmeen eine sichere Bürgschaft der Macht erblicken, übersehen ganz, daß der Militarismus nur bis zu einem bestimmten Punkt gesteigert werden kann, und daß er den Punkt bereits erreicht hat, wo die militärische Allmacht in ihr Gegentheil umzuschlagen droht.

Ueber eine deutsche Polizei-Infamie,

die bis in die weiland freiesten Distrikte der Schweizerischen Republik hineinspielt, ohne dort die gebührende Zurückweisung zu erfahren, lesen wir im „Grütlianer" den nachstehenden Artikel, den wir der Wichtigkeit des Falles halber hiermit im Wortlaut folgen lassen:

„Die Wahrheit im Poppitz-Handel.

Man wird sich noch der Geschichte erinnern, die unlängst aus Biel berichtet wurde, wo einem Schriftsetzer vom Regierungsstatthalteramt aus ein Brief eines deutschen Soldaten abverlangt wurde, der geeignet war, den letzteren zu kompromittiren. Da damals versucht wurde, die Geschichte zu vertuschen, so wollen wir unserseits nun an der Hand der Akten, die wir kennen zu lernen Gelegenheit hatten, zu Nutzen und Frommen Betheiligter und Unbetheiligter erzählen, was dort gegangen ist.

In Freiburg im Breisgau that seiner Militärpflicht Genüge der Schreinergeselle F. Zeller, welcher früher in Biel gearbeitet hatte, woselbst er auch Mitglied des deutschen Gesellenvereins gewesen war. Wie jeder deutsche Soldat, der sich gut aufführt, erhielt er gegen das Ende seiner Dienstzeit die Vergünstigung, bei einem Meister seines Berufes in Arbeit treten zu dürfen; er arbeitete bei dem Schreinermeister Wilhelm Kramer in Freiburg. Bei diesem Kramer wurde nun während der letzten deutschen Reichstagswahlen eine polizeiliche Haussuchung vorgenommen, welche die Beschlagnahme von Flugschriften zur Folge hatte, die für den Kandidaten der Sozialdemokraten Propaganda machen sollten; dies brachte Wilhelm Kramer in den Kerker, seine Frau und seine Kinder in Noth.

Man merke: Unter dem deutschen „Heldenkaiser" werden unbescholtene Bürger einfach ihrer politischen Ueberzeugung wegen ins Gefängniß geworfen, ihre Familien des Ernährers beraubt, und schweizerische Republikaner wetteifern in der Verherrlichung des „verehrungswürdigen Monarchen" mit der Reptilienpresse!

Der Schreinergeselle Zeller aber — und das spricht offenbar sowohl für seinen Meister als für ihn — nahm sich der Familie Kramer's an und bat den deutschen Gesellenverein in Biel, mit dessen Mitgliedern er in Korrespondenz stand, etwas zur Linderung der Noth der Frau und Kinder Kramer's beizusteuern. Dies geschah; die Kameraden Zeller's legten fünf Mark zusammen und beauftragten den Schriftsetzer C. Poppitz, den Betrag durch die Post an den Ort seiner Bestimmung gelangen zu lassen.

Man merke: Unter den von Gesetzes wegen für vogelfrei erklärten deutschen Sozialdemokraten ist die Solidarität kein leeres Wort. Die fünf Mark haben sich die Kameraden Zeller's am Munde abgedarbt, um Frau und Kindern eines ihrer Mitbürger in ihrer Noth beizustehen. Schweizer Arbeiter, Hut ab vor solchem Solidaritätsbewußtsein, und macht es ebenso; nur so kommt ihr zum Ziele, so aber auch sicher!

Emil Poppitz entledigte sich des ihm gewordenen, ich denke ehrenvollen Auftrages, und zwar in der Weise, daß er dem Zeller eine Postanweisung im Betrage von fünf Mark zusandte. Auf die Rückseite des Mandates schrieb er hiebei die Worte: „Zu verwenden laut zugesandtem Brief."

Diese Worte wurden verhängnißvoll, für Poppitz sowohl als für Zeller. Ein deutscher Postbeamte machte der gegen Kramer eingeschrittenen Untersuchungsbehörde von denselben Anzeige, und das Statthalteramt von Freiburg im Breisgau verlangte brieflich vom Regierungsstatthalteramt in Biel, es solle sofort bei Poppitz eine Hausdurchsuchung vorgenommen und der Brief Zeller's beschlagnahmt werden.

Man merke: Im großen deutschen Reiche ist das Briefgeheimniß eine Phrase, und die Beamten der K. K. deutschen Reichspost leisten der politischen Polizei Handlangerdienste. Ob sie wohl deshalb so laut wegen ihrer Findigkeit gepriesen werden?

Am 9. März 1887 erschienen in der Offizin, in welcher Poppitz konditionierte, der Aktuar des Regierungsstatthalteramts von Biel und ein Landjägerfeldweibel, verhafteten Poppitz und forderten ihn auf, sie in seine Wohnung zu führen, woselbst ihm auseinandergesetzt wurde, auf Befehl des Statthalteramtes von Biel müsse bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden, zum Behufe der Beschlagnahme des vom Freiburger Statthalteramt reklamirten Briefes. Umsonst protestirte Poppitz. Um aller weiteren Untersuchung seiner Papiere vorzubeugen, sah er sich schließlich genöthigt, den Brief Zeller's auszuliefern. Indeß begab er sich noch am selben Nachmittag in Begleitung eines Kameraden auf das Amthaus, um den Herrn Regierungsstatthalter persönlich zu sprechen, den er nach wiederholten Gängen freilich fand, ohne jedoch seinen Zweck zu erreichen, denn sein Begehren um Rückgabe des Zeller'schen Briefes wurde abschlägig beschieden.

Man merke: Soweit sind wir am Ausgang des vielgerühmten 19. Jahrhunderts denn doch schon gekommen, daß eine Behörde des deutschen Reiches, also eines fremden Staates, sich erlaubt, eine Behörde unserer Republik anzugehen, ihr bei Verfolgung politischer Untersuchungsgefangener Handlangerdienste zu leisten! Alles nach dem bekannten Grund-

satze: „Denn ich bin groß und du bist klein“ oder wie der eiserne Kanzler des deutschen Reiches sagt: „Macht geht vor Recht.“

Der Regierungsstatthalter von Biel hat also dem Freiburger Staatsanwalt gehorcht, und zwar trotzdem der dortige Polizeiinspektor auf ein diesbezügliches, an ihn gestelltes Ansuchen erklärt hatte, zu einem derartigen ungesetzlichen Ansuchen biete er die Hand nicht. Allein es gibt noch Richter, nicht nur in Berlin, sondern auch in Bern. Poppitz fand in Biel einen Rechtskundigen, welcher sich in seinem Namen an die Anklagekammer des Kantons Bern wandte und, unter Darlegung der Vorgänge, sowie mit Berufung auf die einschlägigen Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen, verlangte:

1) „Es sei die am 9. März auf Befehl des Herrn Regierungsstatthalters von Biel durch seinen Aktuar A. gegen ihn (Poppitz) vollzogene Hausdurchsuchung und erfolgte Beschlagnahme eines Briefes als ungesetzlich zu erklären und es sei dem Poppitz der beschlagnahmte Brief ohne Weiteres in die Hand zu geben;

2) „es sei der Regierungsstatthalter von Biel und dessen Aktuar A. für den Poppitz verursachten Schaden verantwortlich zu erklären.

„Alles unter Kostenfolge.“

Der Entscheid der hohen Anklagekammer des Kantons Bern ist datirt vom 7. Mai 1887 und lautet wie folgt:

„In der Beschwerdesache des Emil Poppitz, Schriftsetzer in Biel, gegen den Regierungsstatthalter von Biel, haben wir in unserer heutigen Sitzung beschlossen:

1) „Dem Regierungsstatthalter von Biel und dem Aktuar A. wird ein Verweis ertheilt.

2) Dieselben werden zu 25 Fr. Entschädigung an den Beschwerdeführer Poppitz verurtheilt, und zwar hat der Regierungsstatthalter 3/4 oder Fr. 18 75 und A. 1/4 oder 6 25 zu bezahlen.

3) Mit den weiteren Begehren wird der Beschwerdeführer Poppitz abgewiesen.“

Zeller's Brief war also offenbar vom Regierungsstatthalteramt Biel schon ausgeliefert worden, weshalb die Anklagekammer auf diesen Punkt gar nicht mehr eintrat, um allen Komplikationen mit dem deutschen Reich auszuweichen. Der Regierungsstatthalter von Biel hat aber gewiß inzwischen seinen Uebereifer schon mannigfach bereut und wird sicherlich für alle Zukunft von demselben befreit sein.

Der Schweizer Arbeiter endlich merke sich noch: wenn irgend Jemand ihn in seinen, von Gesetz und Verfassung gewährleisteten Rechten antasten will, so ducke er sich nicht, sondern wende sich vielmehr vertrauensvoll an die Behörden, welche die Aufgabe haben, über diese seine Rechte zu wachen. Wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Wer aber den Muth hat, sein Recht zu suchen, wird es auch finden. Und nur wenn derjenige, welcher im Rechte ist, auch diesen Muth hat, geht Recht vor Macht!“

***

Wir haben diesen trefflichen Ausführungen nur wenig anzufügen. Die Nutzanwendung für die Schweizerischen Arbeiter hat der Verfasser selbst gezogen, und es wird wohl auch in der übrigen Bevölkerung der Schweiz Leute geben, welche einen derartigen Liebesdienst, wie ihn der betreffende Regierungsstatthalter in Biel der Freiburger Staatsanwaltschaft geleistet, gleich dem Bieler Polizei-Inspektor als eines republikanischen Beamten unwürdig betrachten.

Solche „Gefälligkeiten“ müssen von allen, denen an der Unabhängigkeit der Schweizerischen Republik gelegen, um so schärfer verurtheilt werden, als bekanntlich mit dem Essen der Appetit wächst, und die Preußen, oder richtiger Russen, die jetzt in Deutschland regieren, allmälig mit immer unverschämteren Zumuthungen kommen würden.

In Preußen-Deutschland arbeitet man, wie in keinem zweiten Lande der Welt, auf die Realisirung der Polizei-Internationale hin. Der Fall Reve ist eigentlich noch harmlos im Verhältniß zu dem oben geschilderten Handel. Reve wurde zwar auf belgischem Boden von preußischen Spitzeln „überwacht“ — und wo trieben sich heute nicht preußische Spitzel herum? —, aber wenigstens anstandshalber auf preußischem Boden verhaftet, hier aber läßt eine deutsche Behörde ganz unverfroren auf schweizerischem Gebiete eine Konfiskation, eine Brief-Stiebereі vornehmen.

Und in was für einer Sache! Wenn es sich noch um einen höllischen Plan zur In die Luft Sprengung des Kaiserlichen Palais in Berlin, um das Leben des Monarchen oder irgend eines seiner (dem Lande) sehr „theuren“ Beamten gehandelt hätte! Aber nichts dergleichen. Das ganze Attentat bestand in der Unterstützung der Familie eines Mannes, der das fluchwürdige Verbrechen begangen, für die Reichstagswahl — einen gesetzlichen Akt! — im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken!

Freilich, der Mann, der das Verbrechen begangen, gehörte noch der Armee an, und nur wenn es zum Todtschießen oder Todtgeschossenwerden geht oder in dem Phrasengeschwulst der Reichspoeten heißt diese das „Volk in Waffen“, für gewöhnlich ist die Armee und was zu ihr gehört, nicht Volk. Wie kann daher ein „Soldat“ es wagen, sich als Mann des Volkes zu fühlen und für die Familie eines Demokraten zu sammeln! Das ist Hochverrath, Landesverrath, und einen solchen zu ermitteln, ist die Schweiz moralisch verpflichtet....

Indeß, die Ironie ist hier so wenig am Platze, wie seinerzeit bei der Auslieferung Deutsch-Ballighin's, die ja auch in Freiburg inszenirt wurde — hier ist nur eine Sprache erlaubt, die uneingekleidete Sprache der Entrüstung.

Pfui über eine so schmachvolle Polizeiwirthschaft, und pfui über Alle, die derselben Vorschub leisten, sei es nun direkt oder indirekt.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 22. Juni 1887.

— **Das Bürgerthum** ist heute in allen Ländern in **moralischer Rückentwicklung** begriffen, nirgends aber tritt dieser Prozeß so verherrend auf als in Deutschland. In England, in Frankreich, in Amerika gibt es doch neben der reaktionären Bourgeoisie noch radikale bürgerliche Parteien, die einen beachtenswerthen Faktor im öffentlichen Leben bilden — in Deutschland aber wird der bürgerliche Radikalismus bald nur noch eine mitleiderregende Ruine sein. Man erinnert sich, welch jammervolle Rolle die „Deutschfreisinnigen“, der linke Flügel des deutschen Bürgerthums, bei der letzten Reichstagswahl spielten, wie sie aus Furcht vor der Sozialdemokratie für ihre wüthendsten Gegner, für die Nationalliberalen und selbst die Konservativen, d. h. für die Vertreter der reaktionären Bourgeoisie und des feudalen Junkerthums, stimmten. Trotzdem sie für diese klägliche Handlungsweise von allen Seiten nur Spott und Hohn geerntet, trotzdem sie ihre politische Position durch dieselbe nicht nur nicht gebessert, sondern noch verschlechtert haben — sie werden von ihren reaktionären Widersachern nicht einmal mehr gefürchtet — haben sie bei der nunmehr erfolgten Neuwahl zum bayerischen Landtage dasselbe Schauspiel wiederholt. Obwohl die Nationalliberalen den Führer der Freisinnigen, Herrn von Stauffenberg, in seinem bisherigen Wahlkreise in einer Weise kalt stellten, wie sie verletzender nicht gedacht werden kann, bieten in Nürnberg die Freisinnigen den Nationalliberalen unterthänigst ein neues Mandat an — nur um sich ihrer Hilfe gegen die Sozialdemokraten zu versichern. Unfähig, den aufstrebenden Elementen im Volke, den „neuen Schichten“, Rechnung zu tragen, klammern sie sich ängstlich an die Rockschöße der politischen Reaktion, die sie angeblich bekämpfen wollen, ruft ihr Wortführer, Herr Erhard, den bürgerlichen Wählern zu: „Wählen Sie, wen Sie wollen, nur keinen Sozialdemokraten!“

Dieses Wort, im Munde eines Führers einer bürgerlich-demokratischen Partei, ist das Todesurtheil derselben. Es ist die Proklamirung des Klassenkampfes der Besitzenden gegen die Besitzlosen. Die bürgerliche Demokratie kann aber nur dadurch leben, daß sie den Gegensatz, der die nichtprivilegirten Klassen, namentlich Kleinbürgerthum und Proletariat, trennt, zu überbrücken trachtet oder wenigstens durch Betonung der vorläufig gemeinsamen politischen Ziele in den Hintergrund drängt. Jedesmal noch, wo sie das vergaß, jedesmal, wo sie ihre Front gegen die von links andrängenden Elemente richtete, hat sie die Kosten dieser „Gesellschaftsrettung“ selbst zu zahlen gehabt, hat sie für ihre Gegner von rechts die Kastanien aus dem Feuer geholt. So oft hat sich das schon wiederholt, daß lediglich totale geistige Impotenz oder moralische Versumpftheit fähig sind, allen gemachten Erfahrungen zuwider eine Taktik einzuschlagen, bei der die eigne Partei in jedem Falle nur Schaden ernten kann. Die geistig bedeutenderen Elemente der „freisinnigen Partei“ würden daher auch vielleicht eine andere Parole ausgeben, bezw. ausgegeben haben, aber sie haben den Muth nicht dazu. Ihrer sind nur ein sehr kleines Häuflein, und sie würden im Gros der Partei — wenn man noch von einem solchen reden darf — keine Gegenliebe finden. Das Gros der Partei ist depravirt, die kleinen Geister, die Lokalgrößen, können sich über den engen Horizont des Spießbürgers nicht emporheben, und so ziehen sie den Kampf gegen die Rothen dem Kampf gegen die Großen schon deshalb vor, weil er weniger gefährlich ist. Was das Klasseninteresse allein nicht bewirkt, das bewirken ergänzend geistige Trägheit und politische Feigheit.

Es ist unseres Erachtens ein sehr einseitiger Schluß, der zu verhängnißvollen Irrthümern führen müßte, wollte man die Zersetzung der bürgerlich-liberalen Partei in Deutschland ausschließlich auf Konto der vorgeschrittenen wirthschaftlichen Entwicklung setzen. Wir sind gewiß die Letzten, den gewaltigen Einfluß dieses Faktors zu unterschätzen, aber so wichtig er ist, so ist er doch nicht der einzige, der auf das Wesen der Parteien einwirkt. Ihm alles zuschreiben, heißt Bismarck und seine Helfershelfer, heißt die Verbrecherbande, welche heute in Preußen-Deutschland den Ton angibt und überall Korruption säet, überall Fäulniß hervorruft, freisprechen. Was ein Mensch vermag, um ein Volk systematisch herabzudrücken, das hat der Mann gethan, der sich von seinen bezahlten Lobrednern der Genius Deutschlands schimpfen läßt. Der Genius Deutschlands! Es ist eine Aufgabe, eines Geschichtschreibers würdig, nachzuweisen, wie von dem Tage an, da der Einfluß dieses Mannes datirt, das Werk der Korrumpirung des öffentlichen Geistes in Deutschland beginnt, und wie nach und nach diese Korruption auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausgedehnt wird. Man wende nicht ein, das hieße ihm zu viel Ehre erweisen. Die „Ehre“ verschwindet vor der Analyse der Umstände, die ihm sein niederträchtig Werk erleichterten. Ist Bismarck größer als sein Vorbild Bonaparte, weil er mehr Erfolg hatte als dieser? Wie bescheiden waren die materiellen Machtmittel, die Bonaparte zur Verfügung standen im Verhältniß zu denen, die einem Bismarck bei seinem Korruptionswerk zur Seite stehen! Napoleon war an gewisse Traditionen gebunden und handelte unter einer Verantwortlichkeit, Bismarck aber folgt nur seinen Instinkten und ist für all sein Thun und Treiben durch den Hinweis auf seinen „kaiserlichen Herrn“ geschützt, den sein Alter über oder unter — wie man will — jede Kritik stellt. Ein Vorzug nur zeichnet Bismarck aus. Napoleon besaß gewisse literarische Neigungen, er schwärmte für Schiller, interessirte sich für römische Geschichte ꝛc. — wer kann einem Bismarck dergleichen nachsagen? Der Protektor eines Schwenninger weiß sich über solche Schwächen — „Sentimentalitäten“ laut Busch — erhaben.

— **Ende gut, Alles gut** — das kann man mit Fug und Recht von der am letzten Sonnabend geschlossenen Session des deutschen Reichstages sagen. Die letzte Sitzung war ein würdiger Schlußstein zu all den Nichtswürdigkeiten, deren dieses Produkt der Lüge und brutalen Gewalt sich seit dem ersten Tage seines Zusammentritts schuldig gemacht. So zynisch frech hat wohl noch nie eine Körperschaft, die sich den Namen einer „Volksvertretung“ beilegt, alle Pflichten einer solchen mit Füßen getreten, als es dieser Reichstag gethan. Er war oder vielmehr er ist eine Schacherbude, in der die einzelnen Koterien der an der Krippe sitzenden Ausbeuterparteien mit der reaktionären Regierung Tauschgeschäfte schmutzigster Art machen auf Kosten des arbeitenden Volkes. Brauchst Du mehr Soldaten — hier hast Du sie, gib uns dafür eine anständige Schnapsprämie. Wollt Ihr Eure Zuckerprämien behalten? Gut, so bewilligt mir dafür eine anständige Konsumsteuer. Und die Spießbürger, die auf unsere Versprechungen angebissen? Schön, die kriegen einen Innungsknochen vorgesetzt, der wieder für eine Zeitlang vorhält. Und die Bauern? Auch die sollen etwas bekommen, das ihnen Freude macht und uns nichts kostet. Die arme Großindustrie? Der werden die Arbeiterschutzgesetze, die der Reichstag anstandshalber bewilligen muß, geschenkt werden. Im Uebrigen hat sie ihre Schutzzölle weg und ist zufrieden, wenn wir die Arbeiterkanaille in Zaum halten.

So ging es vom ersten Tage an, bis zum Schluß. Dazwischen kamen die Komödien, Wahlprüfungen genannt, wo Regierung und Kartellparteien die verübten Wahlbetrügereien gegenseitig guthießen. Unerlaubte Wahlbeeinflussungen gibt es in Deutschland überhaupt nicht mehr, — „erlaubt ist, was gefällt,“ sagen die vereinigten Kapital- und Landprotzen mit Tasso. Am letzten Tage trieb der nationalliberale Vizepräsident Buhl die Schamlosigkeit so weit, die Debatte über die Wahl des Herrn Hartmann in Plauen (23. sächsischer Wahlkreis) dadurch zu verhindern, daß er den Lärm, den seine Parteifreunde im Saale machten, dazu benutzte, sie, ehe noch ein Abgeordneter der Opposition das Wort ergreifen konnte, mit Taschenspieler-Geschwindigkeit für „erledigt“ zu erklären. Ebenso wie mit den Wahlprüfungen machte man es mit den Berichten über den Belagerungszustand. Die skandalöse „Erledigung“ des Berichts über den Stettiner Belagerungszustand wurde noch übertroffen durch die Art, wie der Bericht über den Spremberger Belagerungszustand abgethan wurde. Selbst der Nachweis Hasenclevers, daß der Bericht der Regierung Lügen enthalte, konnte weder das „hohe Haus“ selbst noch den Regierungsvertreter aus ihrer Ruhe bringen. „Es wird Ihnen nicht gelingen, uns zu einer Debatte zu provoziren“, erklärte Herr Bötticher, als Singer das Schweigen der Herren vom Regierungstische als Zugeständniß für die Schlechtigkeit ihrer Sache bezeichnete. Eine Lüge? Wer wird sich um eine Lüge, um ein Dutzend Lügen kümmern in einem Reichstag, dessen Mehrheit nur zustande gekommen, weil ein ganzes Netz von Lügen über die Wählerschaft ausgebreitet worden? Und daher schwiegen die Regierungsvertreter und schwiegen die Volksvertreter. Und warum sollten diese nicht schweigen? Der Belagerungszustand greift ja nur in die elementarsten Volksrechte ein, er ist eine schreiende Verletzung des Heimathsrechts, dieses Urrechts aller Zivilisation, wer wird um so etwas die Hand rühren? Ja, wenn es sich um Schaffung neuer Pöstchen für die unversorgten Söhne der oberen Zehntausend handelte, das wäre etwas anderes, da würden patriotische Reden gehalten, denn — das „Vaterland“ über alles!

Und diesem korrupten Reichstag, dieser schamlosen Schachergesellschaft, gab zum Schluß Herr Bötticher „auf besondern Befehl Seiner Majestät des Kaisers“ für die an den Tag gelegte treue Pflichterfüllung den Dank und die Anerkennung desselben als Segensspruch mit auf den Heimweg!

„Neunzig Jahre — Kinderspott!“

— **Unser Protest** gegen die **Annexion Huttens von Seiten der Sykophanten des neudeutschen Kaiserreichs** hat es einem loyalen Anhänger des Letztern angethan. Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Verehrliche Redaktion des „Sozialdemokrat“!

Der „Sozialdemokrat“ bringt in seiner Nr. 23 einige Notizen über Ulrich von Hutten und nennt ihn unter Anderm einen Sozialdemokraten seiner Zeit. Schwerlich wird diese Darstellung aufrecht erhalten werden können, wenn man sich nachfolgende Worte Huttens vorführt, die seinem Aufrufe vom Jahre 1518 angesichts des drohenden Türkenkrieges entnommen sind:

„Zur Einigkeit aber gehört insbesondere noch, daß, wie überhaupt, so vor Allem in diesem Kriege, Einer das Haupt, der Führer sei, dem alle Andern unbedingte Folge leisten. Im Kriege liegt am Feldherrn mehr wie am Heere. Was würde der Türke darum geben, wenn wenn er euch ohne Führer oder ohne Gehorsam gegen diesen fände. Den Führer habt ihr; nach des gesammten Deutschlands Wahl und Willen ist es Kaiser Maximilian. Er ist dieser Stellung würdig, also folget ihm. Keine Ruhe noch Rast hat er bei Tag und bei Nacht, und wir, wenn er einmal seiner Pflicht gemäß Einen straft, schreien über Druck und klagen über Dienstbarkeit; Freiheit aber nennen wir es, um das Reich uns nicht zu kümmern, dem Kaiser keine Folge zu leisten und ungestraft uns Alles zu erlauben. Man bedenkt nicht, daß derjenige, in welchem man nur den lästigen Herrn sieht, vielmehr der Erhalter der Freiheit ist.“

Zum Sozialdemokraten, auch im Sinne seiner Zeit, fehlte demnach Hutten das Hauptsächlichste, nämlich Indifferentismus gegen das Vaterland und Feindschaft gegen dessen Oberhaupt, vielmehr kennzeichnen diese Worte ihn als einen für Kaiser und Reich begeisterten Patrioten, sowohl im Sinne der damaligen wie der jetzigen Zeit. Wenn ferner in dem betreffenden Artikel die Sozialdemokratie als Nachfolgerin Hutten's bezeichnet wird, so sprechen dagegen folgende Worte aus einem Sendschreiben Huttens von der Ebernburg vom Jahre 1520:

„Stets habe ich Aufruhr gemieden, zur Empörung nicht Ursach geben wollen, und zum Beweise, wie wenig es meine Absicht war, einen Umsturz der öffentlichen Zustände herbeizuführen, habe ich Lateinisch geschrieben.“

Wenn der „Sozialdemokrat“ sich von der Tendenz fernhalten will, deren er seine Gegner mit den Worten „Verlogenheit und Heuchelei“ beschuldigt, so wird er nicht umhin können, von diesen Zeilen Notiz zu nehmen und deren Inhalt seinen Lesern nicht vorenthalten dürfen.

Ergebenst (Folgt Unterschrift.)

Zunächst bemerken wir, daß wenn wir den vorstehenden Brief unseren Lesern „nicht vorenthalten“, es keineswegs aus Furcht vor der liebenswürdigen Drohung des Einsenders geschieht, daß wir uns ansonst selbst der Verlogenheit und Heuchelei schuldig machten. Es ist vielmehr lediglich die jedem Sozialdemokraten eigne Toleranz in Meinungsdifferenzen, die uns veranlaßt, auch einem Gegner Gelegenheit zu geben, seine der unsern entgegenstehende Ansicht geltend zu machen. Um ein Recht auf Wiedergabe beanspruchen zu können, müßten seine Einwände doch etwas beweiskräftiger sein als die oben angeführten.

Also „Indifferentismus gegen das Vaterland“ und „Feindschaft gegen dessen Oberhaupt“ sollen das „Hauptsächlichste“ der Sozialdemokratie sein? Eine recht artige, aber eines wahrheitsliebenden und ehrlichen „Reichstreuen“ nur durchaus würdige Unterstellung. Für wen Kaiser Wilhelm das Vaterland und Bismarck dessen Oberhaupt ist, dem kann man eine so un—schuldige Auffassung nicht übel nehmen. Aber lassen wir sie selbst für die Gegenwart gelten, ist dem Einsender — der doch unsre Literatur so sorgfältig studirt — ganz unbekannt geblieben, daß unsre Partei auf dem historischen Entwicklungsstandpunkt steht, also nachdem für frühere Zeiten zuläßt, was sie heute verwirft? Daß sie Menschen und Dinge aus dem Geist der Epoche beurtheilt, der sie angehören? Wüßte er das oder richtiger, ignorirte er das nicht, so müßte er schon deshalb die Hinfälligkeit seines Argumentes begreifen.

Indeß wenn wir auch von dieser Ungeheuerlichkeit absehen, einen Mann, der vor nahezu vier Jahrhunderten gelebt, mit dem Maßstab des Jahrhunderts der Eisenbahnen, der Dampfschiffe, des entwickelten Weltverkehrs und der kapitalistischen Großindustrie messen zu wollen, so bleibt es ein starkes Stück, uns zur Beurtheilung der politischen Thätigkeit dieses Mannes zwei Briefe vorzulegen, von denen er den ersten zu einer Zeit geschrieben, da er, soeben aus der Fremde zurückgekehrt, freilich noch nicht mit den weltlichen, ja selbst noch nicht einmal mit den kirchlichen Gewalten gebrochen hatte, sondern nur Mißbräuche der Geistlichkeit bekämpfte, während der zweite einer Zeit entstammt, da Hutten immer noch darauf rechnete, alle Schichten des deutschen Volkes, selbst den soeben zur Regierung gelangten Kaiser Karl V., für seine Bestrebungen zu gewinnen. Auf solche Art unternehmen wir es, aus Luther einen treuen Anhänger Roms, aus Robespierre einen Royalisten und aus Herrn Gneist einen Kämpfer für die Freiheit zu machen. Hutten wurde Rebell, als er gesehen, daß vom Kaiser weder für den Kampf für geistige Freiheit noch für die unterdrückten Volksklassen etwas zu erwarten. Wenn in dem Sendschreiben, dem das Zitat entnommen, Hutten auf die Thatsache verweist, daß er bisher Lateinisch geschrieben als Beweis dafür, daß er keinen Umsturz der öffentlichen Zustände gewollt, so braucht man nur zu wissen, daß grade von 1520 an Hutten seine Flugschriften in deutscher Sprache erließ, um den Werth dieses Belegstücks für die Streitfrage zu bemessen. Es muß sehr schlimm um Huttens „Ordnungsliebe“ stehen, wenn der Einsender kein besseres Zeugniß für sie ins Feld führen kann.

Nein, werther Herr, grade in dem Punkt, auf den Sie sich steifen, um die Bezeichnung Huttens als eines Sozialdemokraten für seine Partei zurückzuweisen, ist für Sie absolut nichts zu machen. Da ist und bleibt Hutten der Unsre. Würden Sie mehr vom Sozialismus verstehen, Sie hätten sie auf die Mängel des Hutten'schen Programms — auch für die damalige Zeit — verweisen müssen, und dann würde man wenigstens ernsthaft mit Ihnen diskutiren können. Aber in der Aera des Kulturfriedens mit Rom und der Ausnahmegesetze wider die Arbeiterklasse einen Hutten als das Urbild eines Bismarckischen Reichstreuen zu reklamiren, ist wirklich der Gipfel der — Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe!

— **Auch „Arbeitervertreter“.** Der sozialreformelnde, praktisch christelnde Staatsanwalt und Reichstagsabgeordnete Hartmann (Plauen) hat mitunter Anwandlungen von Komik. Als z. B. in voriger Woche bei Berathung der jämmerlichen Beschlüsse der jämmerlichen „Arbeiterschutz Kommission“ (wie sie schönrednerisch noch immer benannt wird) unser Genosse Meister sein Bedauern darüber ausdrückte, daß keine Arbeitervertreter in der Kommission seien, erhob sich unser komischer Hartmann und meckerte mit theatralischer Geberde:

„Der Herr Vorredner sagt, es sei kein Arbeitervertreter in der Kommission. Er hat Recht — es ist allerdings nicht Einer drin, es sind 28 Arbeitervertreter in der Kommission. 28 Mitglieder des Reichstags haben die Kommission gebildet, und alle 397 Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesammten Volkes, also auch der Arbeiter. Und ich weise im Namen der Kommission den Anspruch der Sozialdemokraten, ausschließlich die Vertreter der Arbeiter zu sein, entschieden zurück.“

Sprach's, und setzte sich stolz nieder unter „Bravo rechts.“

Ei, liebes Staatsanwältchen — ganz neu ist das nicht, was Sie gesagt haben, aber desto komischer. Schon Ihr oberster Chef, der Junker Eisenstirn, sagte einst: „Auch ich gehöre zum Volk.“ Und er meinte sogar: „Ich bin das Volk.“ Und hörten wir nicht zu des seligen Schulze-Delitzsch Zeiten zehntausendmal die Kapitalisten und Arbeitgeber beteuern: „Auch wir sind Arbeiter!“?

Ob manchesterlicher oder sozial-polizeilicher Kapitalismus, das Ding sich gleich — Kapitalismus ist Kapitalismus. Und wenn „wir Kapitalisten“ „auch Arbeiter“ sind, sind wir natürlich, wenn wir uns ein Mandat — je nun, erworben haben, auch „Arbeitervertreter.“

Das ist Logik. Und ein Staatsanwalt muß doch wahrhaftig Logik im Leib haben — freilich nicht immer im Schädel.

O wie der staatsanwaltliche „Witz“ im deutschen Volk belacht werden wird, und mit welcher Wonne der deutsche Arbeiter den letzten Arbeitergroschen und der deutsche Bauer „die letzte Kuh“ dem Exekutor hingeben wird, wenn er sich dabei sagen kann: „Es sind lauter Arbeitervertreter, die dir die 200 Millionen neuer Steuern und die 333 Millionen des Nachtrags-Etat aufgehalst haben — — zu deinem Besten.“

Im Sprichwort heißt es: die Rose duftet gleich süß, welchen Namen sie auch habe. Das gilt aber jedenfalls nicht vom Geld und von den Steuern. Das Geld duftet viel süßer und klimpert viel lustiger in den Junkertaschen, wenn von „Arbeitervertretern“ pflichtschuldigst gewährt, statt von hungrigen Agrariern raubritterlich geraubt. Und die Steuern zahlen sich zehnmal leichter, wenn sie von „Arbeitervertretern“ aufgeladen sind, statt von junkerlichen Raubrittern.

Herr Hartmann ist ein Schlaumeier und er weiß das. Und seine Kollegen sind gleichfalls Schlaumeier — darum das wohlverdiente „Bravo rechts“.

— **Puttkamer Lügen gestraft** — das ist nichts Merkwürdiges und nichts Neues — lügt er doch oft genug — was aber merkwürdig und neu, er ist Lügen gestraft worden von einem amtlichen Regierungsorgan — von der „Leipziger Zeitung“, die bekanntlich unberechenbar ist und manchmal die Wahrheit sagt.

In einer ihrer letzten Nummern — vom 11. ds. — bringt sie einen längeren und wirklich recht guten Artikel über die belgischen Arbeiterunruhen, für welche sie ohne Rückhalt die belgische Regierung verantwortlich macht. Sie kommt zu dem Schluß, daß die verbrecherische Thorheit der Regierung und der Regierungsparteien die Arbeiter noch zu einer „allgemeinen Erhebung“ treiben wird. „Thatsächlich werden die Arbeiter durch das Elend hierzu gezwungen.“

Gewiß sehr vernünftig, das; und wenn Herr Puttkamer das liest, wird ihm der Kopf schwindeln.

Doch das ist nicht das Schlimmste.

Der bedenklichste Passus des Artikels ist der, welcher von der vorjährigen Erhebung handelt, die bekanntlich in der vorjährigen Reichstagsdebatte über die Verlängerung des Sozialistengesetzes eine sehr große Rolle spielte. Damals deklamirte Putty-Puttkamer mit dem ihm eigenen „sittlichen" Pathos: Diese Unruhen seien das Produkt sozialistischer Wühlereien, und wenn Deutschland sich vor ähnlichen Greueln bewahren wolle, müsse das Sozialistengesetz verlängert werden. Die sozialdemokratischen Redner antworteten dem „bestbezahlten Minister", die belgischen Sozialisten hätten mit jenen Unruhen gar nichts zu thun gehabt; die Aufstände seien einfache Hunger-Aufstände, Explosionen der Verzweiflung.

Wohlan, die „Leipziger Zeitung", das amtliche Organ der sächsischen Regierung, gibt in dem erwähnten Artikel den sozialdemokratischen Rednern Recht und straft den deklamirenden Puttkamer in scharfen, unzweideutigen Worten Lügen, indem sie schreibt:

„Auch die Erhebung des vorigen Jahres war notorisch durch das Elend der Arbeiter hervorgerufen."

Ob Putty nicht von der Leipziger Kreishauptmannschaft verlangt, daß sie die „Leipziger Zeitung" auf Grund des Sozialistengesetzes unterdrückt? Eine schlimmere „Ausschreitung" und ein umstürzlerischeres Beginnen kann es doch nicht geben, als daß eine Zeitung die Arbeitererhebung aus dem Elend der Arbeiter erklärt und den Regierungen die Verantwortlichkeit dafür aufladet — und obendrein, um das Maß voll zu machen, den obersten deutschen Polizeiminister Exzellenz von Puttkamer für einen Lügner erklärt!

Die „Leipziger Zeitung", das amtliche Organ der sächsischen Regierung, auf Grund des Sozialistengesetzes verboten — das wäre doch ein Schauspiel für Götter und würde selbst der weisen Minerva ein homerisches Gelächter entlocken.

Und verdient hat sie's wahrhaftig — nicht die weise Minerva, aber die „Leipziger Zeitung".

— Man schreibt uns aus Deutschland:

Mit der Gerechtigkeit ist unserer Justiz auch die Scham abhanden gekommen. Anders läßt es sich nicht erklären, daß für den Hoch- und Landesverrathsprozeß gegen die Elsässer, der diese Tage vor dem Reichsgericht spielte, die Oeffentlichkeit ungenirt bewilligt worden war.

Wohl hat es schon Prozesse gegeben, die an sich ebenso skandalös, ja noch skandalöser waren, aber diese Prozesse richteten sich gegen Sozialdemokraten, und Sozialdemokraten sind vogelfrei in der öffentlichen Meinung, welche von den besitzenden Klassen gemacht wird. Ja, die Verfolgung und juristische Vergewaltigung der Sozialdemokraten gilt vor dem Forum jener öffentlichen Meinung als eine lobenswerthe, verdienstliche Handlung. In Prozessen gegen Sozialdemokraten hatten die Behörden — Richter wie Polizei — also niemals zu befürchten, daß die öffentliche Meinung ihnen ein Halt! oder Pfui! zurufen würde.

Anders mit dem jetzigen Prozeß.

Hier waren Bourgeois und Bourgeoisfreunde die Angeklagten; Männer, deren Verbrechen einzig darin besteht, Mitglieder der Patriotenliga gewesen zu sein — eine Handlung, die so ähnlich als möglich dem ist, was unsere Großväter thaten, als sie dem „Tugendbund" beitraten.

Und man weiß, wie arg in allen unseren Schulbüchern mit Napoleon ins Gericht gegangen wird, weil er den Mitgliedern des Tugendbundes, wo er sie ausschnüffeln konnte, den Prozeß machte.

Als die Nachricht in's Publikum drang, es solle sich vor dem Reichsgericht ein großer Hoch- und Landesverrathsprozeß gegen Elsässer abspielen, erwartete Jedermann eine sensationelle causo célèbre: Bismarck wird sich revanchiren! Es werden drastische Enthüllungen kommen, und in Wirklichkeit wird die französische Regierung auf der Anklagebank sitzen.

Das war die allgemeine Erwartung. So allgemein, daß die Macher des Prozesses einige Tage vor Beginn der öffentlichen Gerichtsverhandlungen (am 13. ds. Mts.) eine Notiz durch verschiedene Blätter gehen ließen, des Inhalts: das Publikum solle seine Erwartungen nicht zu hoch spannen — dramatische Zwischenfälle und sensationelle Enthüllungen würden schwerlich vorkommen.

„Aber die Leute haben doch wenigstens konspirirt! Sich in landesverrätherische Korrespondenz eingelassen!"

So tröstete sich das Publikum, das, nach dem gewaltigen Lärmtrommelrühren der Reptilien, von dem Glauben nicht lassen konnte, daß doch zum Mindesten ernste, greifbare Handlungen vorliegen müßten!

Und nun, trotz der vorherigen offiziösen Herabstimmung und Abwiegelung, welche Enttäuschung!

Die Angeklagten waren Mitglieder der „Patrioten-Liga". Das ist Alles.

Und aus diesem Alles, das Nichts ist, hatte die Anklage, die in diesem Falle durch unsern alten Freund Tessendorf vertreten ward, den Hoch- und Landesverrath zu „konstruiren".

Und der alte, alte „konstruktive Hochverrath" ward denn auch nach dem alten, alten Rezept „konstruirt": Die Angeklagten erstreben, was mit der heutigen Staatsordnung nicht verträglich ist, folglich erstreben sie den Umsturz der heutigen Staatsordnung, folglich sind sie Hochverräther.

Daß Herr Tessendorf kein neues Ingredienz in das alte, alte Rezept that, das brauchen wir Niemand zu versichern, der diese klassische Verkörperung der Langeweile und der geistigen Impotenz kennt. Nein, wer blos einmal einen Blick in dieses blöde Auge, auf diese öde Physiognomie geworfen hat.

„Die Patriotenliga erstrebt die Wiedervereinigung des Elsasses mit Frankreich. Auf gütlichem, friedlichem Wege ist die Wiedervereinigung nicht möglich, weil Deutschland die Reichslande nimmermehr gutwillig herausgibt — sie ist nur möglich durch einen Krieg, ergo erstreben die Mitglieder der Patriotenliga einen Krieg Frankreichs gegen Deutschland, und dieses Erstreben ist eben Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrath.

Eine Sprechmaschine mit Drehorgel hätte es ebensogut gemacht.

Und nun die Wirkung dieser schmachvollen Justizfarce auf die ganze zivilisirte Welt? Deutschlands Schande an die große Glocke gehängt!

Hatten wir Unrecht, zu sagen, die deutsche Justiz habe sich des letzten Restes von Scham entledigt?

— **Die Götzendiener des Leipziger Landkreises** haben ihrer Frechheit und — Ungeschicklichkeit die Krone aufgesetzt, indem sie, auf Grund der von ihnen bekanntlich insgeheim angestellten „Erörterungen" einen Gegenprotest an den Reichstag geschickt haben, durch welchen der sozialdemokratische Protest „widerlegt", und die Sozialdemokratie — nicht blos des Leipziger Landkreises, sondern von ganz Deutschland — moralisch vernichtet werden soll. Man denke: moralisch vernichtet durch den — Sparig. Der Gegenprotest hat, wie sich erwarten ließ, eine dem Verfasser — Sparig — und dessen Helfershelfern keineswegs günstige Aufnahme gefunden. Sogar nationalliberale Reichsboten finden es doch ein Bischen stark, daß ein Sparig ihnen Vorlesungen über das Wesen der Sozialdemokratie und über Wahlfreiheit halten will; und hätte der berüchtigte Götz überhaupt noch Chancen gehabt, sein verschwindeltes und ergaunertes Mandat zu retten — in Folge dieser neuesten Spariglade, die im Reichstag von Hasenclever nach Verdienst und ohne Widerspruch mit dem Brandmal der „Infamie" versehen ward, wären die letzten Chancen jetzt vollständig zerstört.

Freilich, sein Bündel braucht Ehren-Götz noch nicht zu schnüren. Seine braven Kartellbrüder haben dafür gesorgt, daß die Wahl erst in nächster Session vor den Reichstag kommt. Dann wird die „Beanstandung" ausgesprochen und eine Untersuchung angeordnet werden, deren Resultat aber erst in der letzten Session dem Reichstag zugehen wird, so daß Ehren-Götz ziemlich bis zum Ende der Legislaturperiode den Genuß des gestohlenen Guts haben wird. Auch in früheren Reichstagen kamen, wie man weiß, ähnliche skandalöse Verschleppungen vor.

— **Das Sparig'sche Machwerk** enthält u. A., um die Unglaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Zeugen darzuthun, folgenden Satz:

„Ganz abgesehen davon, daß früher schon den Parteigenossen empfohlen wurde, ein Ehrenwort zu geben, um das Ehrenwort zu brechen, eine Unterschrift zu geben, um die Unterschrift zu verleugnen, ist neuerdings sogar der Meineid im Interesse der Partei durch das offizielle Parteiorgan als durchaus nichts Ehrenrühriges proklamirt worden."

Wogegen Hasenclever im Reichstag erklärte:

„Meine Herren, da wir die offizielle Parteivertretung sind, und man hier von einem offiziellen Parteiorgan redet, und weil wir für die Haltung dieses Blattes vom Ministertische und überall verantwortlich gemacht werden und gemacht worden sind, deshalb bezieht sich dieser Satz direkt auf mich und meine Genossen, die hier im Reichstag sind. Und nun erkläre ich, daß ich diesen Satz als eine verleumderische Beleidigung gegen mich und meine Parteigenossen betrachte und ganz entschieden hier zurückweise, um so mehr, da im vorigen Jahre die sozialdemokratische Fraktion öffentlich in allen Blättern erklärt hat, daß dieses Organ gar nicht mehr mit ihr in Verbindung steht. Hier liegt eine Verleumdung vor. Ich weise sie zurück, und ein solches infames Schriftstück kann nur der Verachtung der Menschheit anheimgegeben werden."

Da der „Sozialdemokrat" direkt angezogen ist, so wird man es begreiflich finden, daß auch wir zu der Sache das Wort ergreifen. Und da haben wir nur zu erklären, daß wir, unbekümmert um das Geschreibsel der Sparig und Konsorten, nach wie vor zu dem stehen, was im „Sozialdemokrat" über die Eidesfrage geschrieben wurde. Diese, jeder Spur von Anstands- und Ehrgefühl baren politischen Abenteurer wären die letzten, bei denen wir uns Auskunft darüber holten, was ehrenrührig ist oder nicht, sie sind die Allerletzten, die befugt wären, uns Vorlesungen über die Heiligkeit von Eiden, über die Verbindlichkeit von Unterschriften, über den Werth des Ehrenworts zu geben. Seit wann hat der Strauchdieb, der gemeine Straßenräuber, das Recht, in „moralischer Entrüstung" zu machen? Reineke Fuchs als Sittenprediger ist hundertmal mehr an seinem Platze als Sparig, wenn er sich anmaßt, über politische Moral zu deklamiren.

Wir sollen Belehrungen über die Heiligkeit des Eides entgegennehmen von Leuten, deren gefeierte Führer, Bennigsen, Miquel 2c., den Eidbruch zur politischen Tugend erhoben haben! Die vor einem Manne dauchrutschen, der seine ministerielle Laufbahn mit einer Politik eröffnete, die nach dem Zeugniß des Herrn Gneist „das Kainszeichen des Eidbruchs" an der Stirne trug! Von Leuten, die einen Stöcker, einen Jhering-Mahlow, ein ganzes Heer von meineidigen Schuften an ihren Rockschößen hängen haben, von Leuten, die jene Richter mit Stolz zu den Ihrigen zählen, von denen jeder politische Rechtsspruch eine freche Verhöhnung ist des von ihnen beschworenen Grundsatzes der Gleichheit Aller vor dem Gesetz! Ihr wagt es, von Ehrenwort und Unterschriften zu reden, Ihr Buben, die Ihr jene Biedermänner zu Abgeordneten habt, die den Wählern ihr Wort gaben, dafür einzutreten, daß die Mehrausgaben für das Heer durch eine von den Besitzenden zu tragende Einkommensteuer gedeckt werden sollen, und die dann im Reichstage gegen die Einkommensteuer und für die Erhöhung der von der Masse der Besitzlosen zu tragenden indirekten Steuern stimmten? Ihr wagt es, von Unterschriften zu reden, Ihr, die Ihr das Erpressen von Unterschriften zu einer politischen Industrie erhoben? In der That, das hat grade noch gefehlt, um Eure moralische Verkommenheit in ihrer ganzen Größe erscheinen zu lassen.

Wir wissen nicht, was die sozialdemokratische Fraktion veranlaßte, schon jetzt, ehe noch die Wahl selbst zur Debatte stand, die Insinuationen des Sparig-Götz'schen Brüderpaares zurückzuweisen, und wollen auch über die Form, in der es geschah, nicht mit ihr rechten. Den Wunsch aber können wir nicht unterdrücken, daß wenn später bei der Debatte über die Wahl Gelegenheit sein wird, auf Protest und Gegenprotest materiell einzutreten, es sozialistischerseits nicht bei bloßen Verwahrungen sein Bewenden haben, sondern einmal der Spieß umgekehrt und unter Hinweis auf die neueste Geschichte die Eidestheorie der Spitzen der heutigen Gesellschaft in's rechte Licht gestellt werden möge.

Wir aber wiederholen, was schon im Jahr 1880, gelegentlich des Fall Ibsen, im „Sozialdemokrat" dargelegt wurde: So lange die herrschende Reaktion in Deutschland den politischen Zeugeneid als ein Erpressungsmittel benützt, Arbeiter vor die schmähliche Alternative stellt, entweder Gesinnungsgenossen, die nichts gethan als ihrer politischen Pflicht nachzukommen, ans Messer zu liefern, weil ihnen ein schmachvolles Ausnahmegesetz die Pflichterfüllung verwehrt, oder aber die Unwahrheit auszusagen, so lange werden wir diejenigen, welche den letzteren Ausweg wählen, nun und nimmer als Verbrecher betrachten. Und wem das unmoralisch erscheint, der sorge dafür, daß die politischen Zustände in Deutschland aufhören, ein Hohn auf alles zu sein, was Recht und Gerechtigkeit heißt.

— **Die Verbreitung des Manifests**, welches das Zentralwahlkomite der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands an die Wähler erlassen hat, und in welchem die herrschenden Zustände, und namentlich auch die letzten Wahlmanöver, trotz sichtlichen Bestrebens nach maßvollem Ausdruck, in schonungsloser Weise gegeißelt werden, scheint die deutsche Polizei ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben. An verschiedenen Orten ist es anläßlich dieses Manifests zu den abscheulichsten Polizeiexzessen gekommen. Zum Beispiel in Breslau, wo überhaupt eine wahre Musterpolizei im Puttkamer'schen Sinne existirt, sind auf die bloße „Annahme" hin, daß der vermeintliche „Geheimbund" die Vertheilung des Manifests in die Hand nehmen könne, die wegen „Geheimbunds" in Untersuchung Befindlichen sofort knall und fall verhaftet worden, darunter auch Geiser.

So blödsinnig ist die Breslauer Polizei natürlich nicht, zu glauben, daß Leute, die wegen „Geheimbunds" in Untersuchung sind, die Naivetät haben werden, der Polizei die Beweise des „Geheimbunds" zu liefern. Aber — die Polizei will ihre Allmacht zeigen. Und sie will Sozialdemokraten chikaniren, maltratiren und wo möglich ruiniren. Von einem anderen Gesichtspunkt aus läßt das Verfahren der Polizei sich einfach nicht erklären.

Nachschrift. Vorstehendes war bereits gesetzt, als die Nachricht eintraf, daß unmittelbar nach Schluß des Reichstages auch Krücker in Haft genommen wurde. Zweifelsohne gehört auch die Verhaftung des Studenten Markuse in Würzburg hierher. Der Letztere wird zwar in nationalliberalen Blättern als Theilnehmer an einer „anarchistischen Verschwörung" bezeichnet, indeß weiß man ja, welcher Mißbrauch von Polizeileuten und sensationslüsternen Reportern heute mit diesem Wort getrieben wird. Irgend ein strebsamer Schuft in Breslau möchte gern den Staatsretter spielen, und da wird, um nach Belieben einstecken zu können, mit gruseligen Andeutungen „Stimmung" gemacht. Stellt sich hinterher alles als Schwindel heraus, was verschlägt es? Die Polizei ist im Rechtsstaate Preußen unverantwortlich, und zwar in des Wortes vollster Bedeutung, die geschädigten Existenzen aber — Markuse stand unmittelbar vor dem Staatsexamen — nun, die bleiben eben geschädigt. Das ist Alles.

— **Aus Leipzig** meldeten wir schon die **Ausweisung** des Druckers und Redakteurs der zuletzt verbotenen sozialdemokratischen Zeitung („Leipziger Volksblatt"). Außerdem ist noch der Metallarbeiter Herbst ausgewiesen worden. Und diese Ausweisung ist insofern bemerkenswerth, als der einzige, auch von den Behörden eingestandene Grund der war, daß Herbst bereits aus einer andern Stadt ausgewiesen ist — nämlich aus Stettin. Bisher herrschte nur in Berlin und in Altona, d. h. in den älteren preußischen Belagerungs-Gebieten der Grundsatz, jeden aus einer anderen Stadt Ausgewiesenen ohne Weiteres auszuweisen. Die Leipziger Polizei hatte dagegen die Praxis befolgt, Ausgewiesenen anderer Städte den Aufenthalt in Leipzig nicht zu verwehren, vorausgesetzt, daß sie nicht agitatorisch thätig waren. Die neue Leipziger Polizeipraxis ist auf direkte Befehle von Berlin zurückzuführen — Befehle, denen um so pünktlicher gehorcht wird, als ein großer Theil der Leipziger Polizei vom Berliner Polizeipräsidium geliefert worden ist, und die sogenannte „politische Polizei" allas die Spitzel-Polizei der „guten Seestadt" seit einiger Zeit fast ausschließlich aus Berliner Spitzeln besteht und unter einem Emissär der „bestbezahlten Exzellenz", von Putty Puttkamer steht.

Ein Glück nur, daß die Brutalität dieser Puttkämerlinge von ihrer Dummheit noch übertroffen wird, weshalb sie auch von ihren Original-Leipziger Kollegen mitunter etwas „veralbert" werden.

— **Im englischen Unterhaus** haben am 17. Juni die vereinigten Tories und „Liberalen" endlich die **irische Zwangsbill durchgedrückt**, mit Hilfe eines sinnreichen Schlußantrags, der überhaupt keine Debatte mehr zuließ. Eine würdige Vorfeier zu der in diesen Tagen stattfindenden Feier des fünfzigjährigen Regiments ihrer huldreichen Majestät Viktoria.

Daß sich das Philisterthum aller Stände bei dieser Gelegenheit in allerhand wahnsinnigen Veranstaltungen zur Dokumentirung seiner glühenden Loyalität überbieten werde, war vorauszusehen, doch haben wir Deutschen keine Ursache, deshalb pharisäerhaft auf die Engländer herabzublicken, ist man doch in Deutschland heute in Punkto Servilismus jedem Lande zehnmal „über." Zudem hat bei dem verhältnißmäß geringen Einfluß der Königin auf den Gang der Staatsmaschinerie der englische Loyalismus nicht ganz den streberhaften Anstrich, den er in Deutschland von Tag zu Tag mehr annimmt, und schließlich ist in England wenigstens der Gegenkritik nicht durch Majestätsbeleidigungs-Paragraphen der Mund verstopft. Sucht die gutgesinnte Presse in allerhand Zusammenstellungen die Lichtseiten der Regierung ihrer „huldreichen Majestät", die Ausdehnung der englischen Besitzungen, die Zunahme des sogenannten Nationalreichthums, den Ausbau der Verfassung 2c. 2c. hervorzuheben, so unterlassen es die radikalen und republikanischen Blätter nicht, die Schattenseiten des „glorreichen" Regiments gebührend zu schildern, dem Volke ziffernmäßig vorzurechnen, was nicht nur die ruhmreichen Eroberungen, die Erzielung des fabelhaften Reichthums, sondern ganz speziell auch der Königsluxus ihm kosten.

Die Opposition gegen den Jubiläumsschwindel wird in der rückhaltslosesten Weise betrieben und kein Staatsanwalt findet sich, gegen dieselbe von Rechtswegen einzuschreiten. Würde in Deutschland nur ein Zehntel von dem gegen den alten Wilhelm geschrieben worden sein, was seine erlauchte Kollegin von ihren getreuen Unterthanen zu hören bekam, die Verurtheilungen wegen „Majestätsbeleidigung" würden sich auf Tausende von Jahren belaufen. Und was ist das Sündenregister der „Witwe Brown" gegen das des „alten Lehmann"?

Welches noch so radikale deutsche Blatt würde z. B. Folgendes zu schreiben wagen, was der „Christian socialist" — wohlgemerkt, der „Christian socialist", das Organ der englischen Christlich-Sozialen — in seinem neuesten Monatsheft schreibt:

„Dieser Monat ist der Jubiläumsmonat! Wir sind froh darüber, daß die nichtswürdige Schaustellung von hohler Kriecherei, die das brittische Volk neuerdings an den Tag gelegt, ein Ende nehmen wird, für diesmal jedenfalls in seiner abschreckendsten Gestalt. Wir tragen kein Verlangen, über die Sache selbst etwas zu sagen. Carlyle fand die Korngesetze zu blödsinnig für ein Kapitel. Wir finden dieses königliche Jubiläum zu blödsinnig für einen Artikel.

„Man vergegenwärtige sich die Dummheit der Geschichte! Eine sehr alltägliche Dame, die sich in keiner Weise im gewöhnlichen Leben hervorgethan hätte, außer vielleicht durch geriebenen Geschäftsgeist, hat fünfzig Jahre lang den Thron dieses Landes innegehabt. Während dieser Zeit wurde sie für die keineswegs übermäßig harte Arbeit, die sie zu verrichten hatte, reichlich belohnt, und während dieser Zeit hat sie gnädiglichst einen Theil des ihr zu diesem Behufe vom Volke geschenkten Geldes zu „Wohlthaten" verwendet.

„Und einzig und allein weil das fünfzig Jahre hindurch so fortging, muthet man uns zu, vor Freuden außer uns zu sein, erwartet man von uns, daß wir entweder selbst oder durch einen Vertreter an einem dazu bestimmten Tage in der Westminsterabtei ein Dankgebet verrichten. — Wirklich, es ist zu dumm!

„Wann wird dieser klägliche Götzendienst vor Rang und Vorrecht in einem angeblich christlichen Lande einmal aufhören? Wann werden wir lernen, alle wahre Männlichkeit und Weiblichkeit zu achten und zu ehren und nur dem Adel des Charakters, der Erhabenheit der Gesinnung und der Schönheit der Lebensführung Huldigung zu zollen?"

So das englische Blatt.

Wo findet sich im großen weiten Deutschland ein Geistlicher, der eine ähnliche Sprache führte?

Ob Stöcker oder Hoßbach, vor Rang und Vorrecht liegen sie alle auf dem Bauch.

— **Ein Bravo den Berliner Arbeitern!** Unsere Leser werden sich des tragischen Schicksals erinnern, das drei Berliner Sozialisten während des letzten Wahlkampfes ereilte. Die Braven wollten die Wahlliste der Partei vor den Diebsfingern der Polizei in Sicherheit bringen, und wählten deshalb den Weg über den noch zugefrorenen Spandauer Schifffahrtskanal, dessen Eis sie aber nicht mehr trug, so daß sie einbrachen und ertranken. Diesen Märtyrern ihrer Ueberzeugungstreue haben die Berliner Arbeiter am 14. Juni auf dem Paulskirchhof in Moabit, wo sie neben einander begraben liegen, ein würdiges Denkmal errichtet. Wir lesen darüber im Berliner „Volksblatt:"

„Das Denkmal stellt ein Obelisk dar in einer Höhe von ca. 3 Meter und einer Grundfläche von 60:60 Zentimeter, ähnlich dem Amazonen-Denkmal im Invalidenpark. Zur Verwendung gelangte böhmischer Sandstein, der hier in Berlin wohl selten zu Denkmälern verarbeitet wird, um so mehr aber zur Verkleidung der Häuserfacaden, z. B. beim neuen Reichstagsgebäude. Der Obelisk enthält in seinem oberen spitzen Theile auf der vorderen Seite einen offenen Lorbeer- und Eichenblätterkranz und die Aufschrift: „Den am 23. Januar 1887 Verunglückten" und auf der hinteren Seite die Widmung: „Ehre ihrem Andenken". Im Sockel befinden sich die Namen der Verunglückten in der Reihenfolge der Gräberordnung: Robert Rauen, geb. 8. Juli 1858, Paul Hensel, geb. 20. Juni 1856, Otto Lachmann, geb. 30. April 1862. Es liegt also R. nach Osten, H. in der Mitte und L. nach Westen. Zur Zeit bedarf das ca. 20 Zentner schwere Denkmal noch der Vergoldung der Inschriften, welche vor der schwierigen Aufstellung unterlassen wurde, um dieselben nicht zu beschädigen; bis zum Sonntag (am Montag ist Hensel's Geburtstag) soll dieselbe aber, wie uns mitgetheilt wird, vollständig hergestellt sein und wird sich dann dieses Denkmal in seiner Vollendung zeigen und jedenfalls einen weihevollen Eindruck machen, da die Form, seinem Charakter und Zweck entsprechend, möglichst einfach gehalten ist. Möge es der Nachwelt eine Erinnerung und an die verunglückten Genossen ein ewiges Andenken sein und bleiben. Wie sich Arbeiterfreundschaft und Arbeiterzusammengehörigkeit bethätigt, das hat sich wieder einmal so recht bei diesem Denkmal gezeigt. Die Arbeit an dem Denkmal ist von Freunden und Genossen der Verunglückten unentgeltlich geleistet worden."

Bravo! so rufen wir noch einmal. Ehre diesem herrlichen Beweis unerschütterlicher Solidarität, um den alle Parteien die unsre beneiden müssen. Schmach aber dem System, dem die drei hoffnungsvollen Menschenleben zum Opfer gefallen! Wo Menschen schweigen, werden Steine reden. Und dieser Stein, er mag der Nachwelt erzählen von jener Zeit der Schande, da Arbeiter wie Diebe in der Nacht zusammenkommen mußten, wenn sie ihre politischen Rechte ausüben wollten. So steht er, ein Wahrzeichen edelster Hingebung der Gefallenen zugleich da — man verzeihe die Abänderung des Dichterworts — ein dauernd Brandmal ihrem Vaterlande!

— **Wie die Gesetzeswächter** die Anwendung „gesetzlicher Mittel" durch das Volk fördern. Wie unangenehm der Reichsregierung die konsequente Anwendung der „gesetzlichen Mittel" im politischen Kampfe seitens des arbeitenden Volkes ist, beweist der blinde Eifer und die Niedertracht der Verurtheilungen und Strafanträge „wegen Verbreitung von Wahlflugblättern." Man kann den Inhalt nicht prozessiren, ohne sich allzusehr vor der Welt zu blamiren. Man bestraft deshalb die Verbreitung aus polizeilich erfundenen Gründen mittels Stockprügeln auf den Magen, weil die rebellischen Köpfe nicht einsehen wollen, wie die deutsche Reichsverfassung eitel Humbug und das „allgemeine, direkte, freie, gleiche Wahlrecht" nur die Trommel ist, die denselben übertönen soll. Es lohnt sich, in Zahlen den Beweis für die Mit- und Nachwelt aufmarschiren zu lassen, das niederträchtig Kleinliche kennzeichnet sich im Kleinen am deutlichsten; möge man also allerwärts her in unserm Blatte Kenntniß davon geben, wie aus nachfolgenden Orten geschieht:

In Werden (im Essener Wahlkreis) wurde ein Mann zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt wegen Verbreitung des Flugblattes vor der Wahl.

In Essen a/R. zwei Mann zu je 14 Tagen Gefängniß; einer zu 10 M. Geldstrafe und eine Frau desgleichen zu 10 M. Gründe: Die konsequente Anwendung gesetzlicher Mittel im politischen Kampf ist dem System Bismarck der Todesstoß.

— **Zur Verpreußung Deutschlands.** Wie unsern Lesern bereits bekannt, ist Genosse Christensen nicht nur aus Sachsen-Meiningen, sondern auch aus dem ehedem liberalsten deutschen Ländchen Koburg ausgewiesen worden. Man schreibt uns darüber:

Nachdem Christensen, wie in Nr. 24 berichtet, aus Sachsen-Meiningen II ausgewiesen worden war, ließ er sich am 7. d. Mts. in Koburg nieder. Dieses Land war bekanntlich früher ein Asyl zahlloser politisch Verfolgten, und als unsere Partei in Preußen schon längst keine Kongresse mehr abhalten konnte, tagten wir noch unbehindert in Koburg und Gotha. Das aber hat sich jetzt gründlich geändert, wie es denn überhaupt scheinen will, als ob die kleinen Staaten — aus Furcht vor einer preußischen Annexion, natürlich — nachgrade noch reaktionärer werden als Preußen selber. Denn schon am 11. wurde Christensen auf das Polizeibureau beordert, wo ihm um 10 Uhr Vormittags mitgetheilt wurde, daß er bis 12 Uhr Mittags — also binnen zwei Stunden — Stadt und Gebiet Koburg zu verlassen habe. Da er in so kurzer Zeit unmöglich seine Angelegenheiten ordnen konnte, da ferner in der Zwischenzeit kein Zug ging und Christensen selbst die nothdürftigsten Sachen nicht bis zur nächsten Eisenbahnstation tragen konnte, erklärte er, daß er mindestens bis 3 Uhr Zeit haben müsse. Darauf wurde ihm nach langer Debatte und nach einer langen Berathung zwischen dem Bürgermeister, dem Polizeiinspektor und einem Ministerialbeamten erklärt, er könne über 12 Uhr hinaus bis zum nächsten Zuge bleiben, wenn er sich unter den „Schutz" zweier Schutzleute stellen wollte. Dieser nächste Zug ging um 12 Uhr 31 Minuten. Also eine Galgenfrist von 31 Minuten, und dafür polizeiliche Bewachung! Selbstverständlich lehnte Christensen ab und ließ lieber seine Sachen im Stich.

Von Koburg aus ging er zu Fuß nach Neustadt a/H. (auch Koburgisch), wo er am Abend in einer Versammlung sprechen sollte. Sofort nach seiner Ankunft wurde er zum Bürgermeister geführt, der ihm eröffnete, daß die Versammlung verboten sei, und daß er — der Bürgermeister — vom Ministerium Auftrag habe, ihn sofort abzuschieben, wenn er versuchen sollte, sich in Neustadt niederzulassen, welch letzteres Christensen übrigens nicht beabsichtigte. So sieht es jetzt um die Freiheit in Koburg aus.

Das ist die vielersehnte deutsche Einheit. „Ach, Einheit ist nur leerer Schall, wenn sie nicht Einheit ist im Guten."

— **Der frechste Vertreter des Junkerthums** im deutschen Reichstage, der zynischste Anwalt jeder Polizeiwillkür, der Witzmacher der konservativen Partei, Herr von Köller, bisher preußischer Landrath, ist zum Polizeipräsidenten von Frankfurt am Main ernannt worden. Das ist die beste Charakteristik des heute in den maßgebenden Kreisen Preußens herrschenden Geistes. Man hält es nicht einmal mehr für nöthig, den Schein zu wahren, als habe die Verwaltung mit dem Parteileben nichts zu thun. Herr Köller ist Parteimann, und als solcher rückt er jetzt in Frankfurt ein, das er auf junkerlich-konservativ verlandrathen soll. Indeß die Frankfurter sind keine uckermärkischen Bauern, und so werden die politisch-polizeilichen Lorbeeren, die der strebsame Herr in Frankfurt ernten wird, eine verzweifelte Aehnlichkeit mit seinen parlamentarischen Lorbeeren haben.

— **Amerika.** Die Newyorker Sozialisten, lesen wir im „Philadelphia Tageblatt", haben kürzlich Stellung genommen zu den verschiedenen Vorgängen innerhalb der Vereinigten Arbeiter-Partei, namentlich des Vordrängens der Anhänger von Henry George und des religiösen Anstrichs, den diese ihr geben wollen. Die Sozialisten in Newyork bilden einen bedeutenden und, was Opferwilligkeit und Einsicht über die nothwendige Entwicklung der Bewegung anbelangt, höchst wichtigen Theil der Arbeiterpartei. Ganz besonders aber muß an ihrer Integrität jeder Versuch der Korrumpirung der Partei scheitern, und an Versuchen dazu wird es bei der kommenden Präsidentenwahl in dem entscheidenden Staate Newyork nicht fehlen. Die Sozialisten haben ihren Standpunkt in der folgenden, mit großer Mehrheit angenommenen Resolution bezeichnet:

In Erwägung, daß die Vereinigte Arbeiterpartei in sich alle Elemente birgt, welche geeignet sind, die soziale Revolution, welche wir anstreben, in Szene zu setzen und erfolgreich zu beenden;

In Erwägung, daß dies aber nur möglich ist, falls die organisirten Massen der Vereinigten Arbeiterpartei zur vollen Erkenntniß ihrer Klassenlage und des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital kommen, und aus dieser Erkenntniß alle nothwendigen Konsequenzen ziehen;

In Erwägung, daß sich innerhalb der Vereinigten Arbeiterpartei auch Elemente befinden, welche aus falscher Auffassung der wirthschaftlichen Entwicklung und aus irriger Anschauung über die einzuschlagende Taktik die große Arbeiterbewegung der letzten Monate zu verpfuschen und zu einer bloßen Steuerreform Bewegung zu degradiren versuchen;

Beschlossen, daß wir innerhalb der Vereinigten Arbeiterpartei mit allen Mitteln dahin wirken wollen, um diese Versuche zu vereiteln, und uns bestreben wollen, das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen zu erhalten und zu fördern;

Beschlossen, daß wir insbesondere darauf bringen wollen, daß auf der bevorstehenden Staatskonvention der Vereinigten Arbeiterpartei keine Platform, welche den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit vertuscht, ignorirt oder ableugnet, angenommen werde, dieser Klassengegensatz vielmehr in der anzunehmenden Platform unverblümt anerkannt werde;

Beschlossen, daß wir alle Mittel der Propaganda und der Agitation anwenden wollen, um die Mitglieder der Vereinigten Arbeiterpartei dem Sozialismus zuzuführen.

Mit diesen Beschlüssen können wir uns, schreibt das „Phil. Tagebl.", nur einverstanden erklären. Solange das Gros der Partei den Sozialisten nicht verwehrt, ihren Standpunkt darzulegen, eventuell in der Agitation über das Parteiprogramm hinauszugehen, ist es eigentlich selbstverständlich, daß sie in der Partei wirken. Auch wenn ihnen sonst manches nicht gefällt. Diesbezüglich muß man einfach der Entwicklung vertrauen und ihr nachhelfen, soweit das möglich ist. Phasen, wie der McGlynn'sche „Kreuzzug" und die George'sche Einseitigkeit sind eben bei dem Stande des Wissens unter den amerikanischen Arbeitern nicht zu vermeiden. Aber sie gehen vorbei und hierzulande noch schneller als anderswo.

Die Arbeiterpartei ist noch nichts Fertiges; sie hat erst ihre Kinderkrankheiten durchzumachen. Für die alten Sozialisten ist es nun gerade kein Vergnügen, zusehen zu müssen, wie die Partei in Irrgängen herumtappt. Aber deshalb sollen sie eben auch nicht blos zusehen, sondern ihr auf den rechten Weg helfen. Läßt man sie darin gewähren, so sollen sie unbedingt innerhalb der Partei wirken.

Der Verband der eigenen Partei ist aus vielen Gründen vorläufig aufrechtzuerhalten. Ob es räthlich ist, die Bezeichnung „Partei" fortzuführen, ist eine Frage, die den nächsten Konvent der Organisation beschäftigen sollte.

— **Aus Stuttgart** gehen uns bei Redaktionsschluß zwei Einsendungen zu, die eine gegen die in Nr. 25 enthaltene Stuttgarter Korrespondenz, die zweite gegen einen im „Schwäbischen Wochenblatt" erschienenen Artikel gerichtet. In der ersteren wird entgegen der erwähnten Korrespondenz behauptet, daß „Theile und herrsche" nicht das Prinzip der „speziellen Persönlichkeit, die seit zwei Jahren hier ihr Wesen treibt," und ihrer Anhänger sei, die „Spaltung" sei das Resultat jahrelanger Zerfahrenheit. Der Betreffende habe nicht mit Beschimpfungen ꝛc. gegen alle Genossen, die in Stuttgart thätig waren, begonnen, sondern sei mit wahrem Hagel von Verdächtigungen empfangen worden, wodurch er zum Hinweis auf die „wahre Gestalt seiner Verläumder" gezwungen worden sei. Habe er im Schlamm der Verdächtigung und Denunziation gewatet, so sei es am besten, ihn nach erbrachtem Beweis nicht mehr zur Partei gehörend zu betrachten, denn für Denunzianten und Verläumder soll kein Platz sein innerhalb einer Partei, deren fundamentaler Grundsatz lautet: „Wahrheit und Gerechtigkeit."

Indem wir hiermit alle, der Vertheidigung des Angegriffenen (der übrigens ebenfalls Angreifer war) gewidmeten Stellen wiedergegeben haben, glauben wir den weitgehendsten Anforderungen an unsre Unparteilichkeit entsprochen zu haben. Im Uebrigen lehnen wir es ab, die Spalten des „Sozialdemokrat" zur Breittretung von lokalen Zwistigkeiten herzugeben. Es gibt wohl noch andre Mittel und Wege, dieselben zum Austrag zu bringen, als daß man sich gegenseitig im Parteiorgan allerhand Beschuldigungen an den Kopf wirft — ein Verfahren, das nur dazu führen kann, die Differenzen zum Schaden der Partei zu verschlimmern.

Die Aufnahme der gegen das „Schwäbische Wochenblatt" gerichteten Einsendungen müssen wir für solange ablehnen, als nicht dieses selbst einer Berichtigung der von ihm behaupteten Thatsache die Aufnahme verweigert. Die Einsender mögen es sich doch nur einmal vergegenwärtigen, wohin es führen müßte, wenn wir nicht einmal diese elementare Forderung der Billigkeit beobachten wollten.

Im Uebrigen verwahren wir uns ganz energisch gegen die Unterstellung, als ließen wir uns in unserer Stellungnahme von andern als rein sachlichen Erwägungen beeinflussen. Wir stehen den Stuttgarter Zerwürfnissen durchaus unparteiisch gegenüber, und wollen, indem wir die Zumuthungen der einen Richtung zurückweisen, keineswegs alles, was von der andern geschehen, gutgeheißen haben. Es wird wohl hüben und drüben gesündigt worden sein. Wir können daher beiden Theilen nur empfehlen, ihre gegenseitigen Beschuldigungen von einem den Streitfragen fernstehenden Kollegium prüfen zu lassen, oder mindestens ruhig nebeneinander zu arbeiten, statt die Kräfte gegenseitig zu neutralisiren.

Red. des „S.-D."

Korrespondenzen.

— **Frankfurt am Main.** Hier in Frankfurt herrscht gegenwärtig Ruhe. Eine drückende, schläfrige Ruhe.

Es ist Alles still, nur ein leiser Tropfenfall läßt sich vernehmen. Das sind die Zinsen, die hinabfallen in den Schooß der Reichen, deren Kapitalien beständig wachsen. Dazwischen das leise Schluchzen der Weiber und Kinder der Ausgewiesenen.

Obgleich 50—60 der besten Kämpfer als staatsgefährlich Frankfurt verlassen mußten, so werden doch die Ideen des Sozialismus hochgehalten. In verborgenen Dachstuben, in den elenden Wohnungen der Proletarier werden unsere Schriften eifrig studirt, ja selbst in den Palästen der Großen hat die sozialistische Lehre ihre heimlichen, aber desto begeisterten Anhänger. Wir Frankfurter Sozialisten bleiben trotz allem Verbot der Lehre des Sozialismus treu, ist ihm doch eine große Zukunft beschieden, ruht in ihm doch die Zukunft der Menschheit!

Wohlan, ihr Genossen in allen Gauen Deutschlands! Uns ist die Aufgabe geworden, den Boden zu säubern von schädlichen Keimen und Wurzeln des wuchernden Unkrautes. Alles muß vernichtet werden, was nicht der Vernunft und dem Recht entsprungen, und nicht dient zum Nutzen Aller.

Bestreben wir uns, unsere Thätigkeit zu konzentriren, verschwenden wir keine Kraft am unrechten Ort. Besser als zerstreute Saaten eine dichte und reichliche Saat auf einen einzigen Acker, dessen Ergiebigkeit wir geprüft, und auch das kleinste Saatkorn wird herrliche Früchte bringen: die Erkenntniß des Wahren, Edlen und Guten.

Genossen, sollten wir gleich nichts mehr genießen von den Früchten unserer Mühe, so werden wir doch reichlich entschädigt durch das freudige Bewußtsein, daß diese Früchte nicht ausbleiben werden. Darum wollen wir uns nimmer beirren lassen, nimmer muthlos werden, sondern immer noch emsiger für unsere Sache thätig sein. Wie viele von Euch stehen noch in der Jugend! Auf Euch, Ihr jungen Genossen, bauen die im Kampf ergrauten Alten ihre Hoffnungen, Ihr sollt das Reformwerk vollbringen. Die Alten müssen Familie und Heimath verlassen, thun jetzt die Jungen durch rastlosen Fleiß ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht, so trifft sie der Fluch der Nachwelt. Der Gedanke an die Zukunft begeistere uns, die Gegenwart zu ertragen.

Genossen, mit blutigen Zügen steht auf allen Blättern der Geschichte der Mißbrauch der Gewalt verzeichnet, aber die Folgen der Gewalt leiten immer wieder zur Freiheit hin. Wehe den Privilegirten, die sich auf's Pulver verlassen!

Wer nicht für Freiheit sterben kann,
Der ist der Kette werth,
Ihn peitschen Pfaff und Edelmann
Von seinem eignen Herd.

Leipzig, im Juli. Anschließend an die in Nr. 24 unter „Nah und Fern" gebrachte Notiz, daß das hiesige Arbeiterorgan, das „Leipziger Volksblatt", verboten ist, habe ich noch zu bemerken, daß die vier Seiten lange Begründung so lendenlahm gehalten ist, wie wohl keine zweite. Die Hochwohllöbliche macht sich die Sache sehr leicht, um Gründe ist man ja niemals verlegen gewesen. Der vielen Worte kurzer Sinn ist folgender: „Die Redaktion des „Leipziger Volksblattes" hat sich die größte Mühe gegeben, die gesetzlichen gesetzlichen Schranken nicht zu überschreiten, was ihr auch thatsächlich gelungen ist. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß durch die Schreibweise überhaupt der leicht entzündbare Stoff in die Massen getragen wird, welcher dann durch den geringsten Anstoß sich entzünden könnte, und dem muß unter allen Umständen für die Zukunft vorgebeugt werden."

Gegen das Verbot ist die Beschwerde eingereicht, ob sie Erfolg haben wird, bleibt natürlich abzuwarten. Ein Sprichwort sagt zwar, man soll den Teufel nicht bei seiner Großmutter verklagen, doch es kann ja einmal vorkommen, daß man bei der launenhaften Dame einmal Recht, wenn ich mich so ausdrücken darf, bekommt.

Ferner hat die Polizei verfügt, daß der Buchdruckerei-Besitzer und Drucker des verbotenen Blattes, Albert Seebach, am 12. Juni, der aus Stettin ausgewiesene Schlosser Herbst den 13. und der Redakteur des verbotenen Blattes, Albert Schmidt, Connewitz, weiland Kandidat des Reichstagswahlkreises Delitzsch-Eilenburg-Bitterfeld, den 14. Juni wegen fortgesetzter Agitation das belagerte Gebiet zu verlassen haben. Der Drucker und der Redakteur sind Familienväter. Fragt man sich nun, worin bestand die fortgesetzte Agitation? so kann nur die Antwort gegeben werden: sie bestand in der Herausgabe des verbotenen Blattes. Nun erkennt jedoch das Verbot an, daß die gesetzlichen Schranken nicht überschritten worden sind, folglich ist es für jeden logisch denkenden Menschen nicht schwer, herauszufinden, daß die Gründe für diese Maßregel wo anders zu suchen sind. Der kleine Belagerungszustand läuft den 28. Juni ab, und da muß Material her, um die Verlängerung der Oeffentlichkeit gegenüber einigermaßen zu rechtfertigen. Doch so leichtes Spiel wird die Regierung im klassischen Lande der schwärzesten Reaktion für diesmal wohl nicht haben, denn es wird Sorge getragen werden, daß unsere Vertreter im Reichstage der urgemüthlichen sächsischen Polizei gründlich heimleuchten. Sodann rechnet die Regierung auch noch darauf, durch solche Maßregeln, da die Landtagswahlen so ziemlich vor der Thür stehen, die Bevölkerung einzuschüchtern, und überhaupt den Arbeitervertretern den Eintritt in das Landhaus in Dresden unmöglich zu machen, resp. die Wahlen unter ähnlichen Verhältnissen wie bei der Reichstagswahl vollziehen zu lassen. Hoffentlich läßt sich die Wählermasse diesesmal aber nicht hinters Licht führen. Der bei der Reichstagswahl in Szene gesetzte Kriegsrummel hat seine Schuldigkeit leider gethan, er hat die Köpfe der Wähler verwirrt, und nur zu spät sind sie sich des Irrthums bewußt geworden.

Bei der Landtagswahl ist dieser Rummel nicht zu gebrauchen, und so werden unsere Gegner wohl ein anderes Mittel ins Feld führen müssen, und daß sie ein solches ausfindig machen werden, dafür sprechen die früher gemachten Erfahrungen; diese sogenannten Ordnungsmänner schrecken vor ungesetzlichen Mitteln nie zurück. Für diese Gesetzeswächter ist keine Polizei vorhanden, sie ist nur zur Sozialistenhatz bestimmt. Indeß, alles hat seine Zeit, und so wird die Zeit nicht mehr allzufern sein, wo mit diesem System gebrochen und seine Urheber zur Rechenschaft gezogen werden. Dann heißt es aber: Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Die rothe Elsterwache.

Man hüte sich

vor dem aus Stettin ausgewiesenen Tapezierer Seidel! Derselbe beschwindelte und betrog Genossen, die ihm Existenz und reichliche Unterstützung gegeben. Wahrscheinlich treibt er in Gemeinschaft mit dem früher hier gemaßregelten Barbier A. Schäfer aus Wismar, der sein ihm von den Genossen hier eingerichtetes gutes Geschäft im Stiche ließ, anderwärts das Schwindeln und Betrügen weiter.

Wir sind gezwungen, im allseitigen Interessen zu warnen. Betreffs Seidel's liegen von verschiedenen Städten Berichte über abgefeimte Gaunereien vor. Beide verschwanden zu gleicher Zeit von hier.

Mehrere Genossen aus Magdeburg.

Wir bitten bei Auftauchen der Genannten um sofortigen Bericht hierher. Personalbeschreibung erwünscht.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Aufforderung.

Goldarbeiter **Ephraim-Reisfeld**

wird zur Regelung seiner Angelegenheit ersucht, uns seine Adresse binnen 4 Wochen einzusenden.

Weitergabe dieser Notiz durch die amerikanischen Arbeiterblätter und Genossen dringend erbeten.

Komm. Arbeiterbildungsverein
Nr. 49 Tottenham Street Tottenham Court Road
London W.

Zur besonderen Beachtung

für

Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, England, Amerika, Australien etc.

Alle Geschäftsbriefe und Sendungen für uns sind stets **ohne irgendwelche Beigabe von Personen-Namen** wie folgt zu adressiren:

1) Für die Druckerei: **Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei, Hottingen-Zürich.**
2) „ „ Buchhandlung: **Volksbuchhandlung,** Casinostr. 8, Hottingen-Zürich.
3) „ „ Exped. d. „S.": **Expedition des „Sozialdemokrat",** daselbst.
4) „ „ Red. d. „S.": **Redaktion des „Sozialdemokrat",** daselbst.

Für jede Sparte Bestimmtes wolle man auf besonderem Papierbogen schreiben, wenn etwa Beilage gemacht wird.

Obige Adressen **genügen vollauf** und leiten prompt in die geeignete Hand.

Wo **Geldsendungen** nur unter **Personen-Namen** erfolgen können, theilen wir (soweit solche nicht bekannt) Adressen mit. Ebenso für die Länder mit deutschem Post-Transit.

Derartige Namen sind unbedingt mit keiner der obengenannten Firmen zu verquicken.

Für den Schweizer. Landesausschuß in Zürich Bestimmtes vermitteln wir nur, wenn separat geschrieben beigelegt.

Außer der Schweiz hieroben genannte Länder wenden sich in Parteianliegen an die Expedition des „S.-D." oder deren bekannte Deckadressen.

Privatbriefe ꝛc. für unser Personal sind nur unter Doppelkouvert mit innerer Namensaufschrift an Adresse 1 oder 8 zulässig, dafern Privatadressen fehlen.

Geschäftliches ist stets getrennt zu schreiben.

Jederlei äußere Namensbeigabe zu obigen Adressen muß absolut unterlassen werden.

Wir haften gegentheiligen Falles für keinerlei Irrungen und Verzögerungen und bestehen auf

strikteste Darnachachtung.

Von der Expedition des „S.-D." in bestimmte Hände gelegte Vertrauensadressen sind beizubehalten.

Die Obigen.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen ꝛc. sind eingetroffen aus Genf, Bergen, Paris, Stuttgart. — „Sozialdem. Lesekluß" Paris: Lesen Sie die Berichte über die jüngsten Prozesse nach, und Sie werden begreifen, warum Ihr Aufruf zur Veröffentlichung nicht geeignet ist. Weiteres werden Sie seinerzeit erfahren. — Zentralkomite Genf: Der Landesausschuß bereits beschlossen, in dieser Sache vorzugehen, übergaben wir Ihren Aufruf diesem, womit wir Sie einverstanden hoffen.

der Expedition: Mg. D.: Mk. 2 40 Ab.-Nachblg. pr. 1/10. Sp. erh. Weiteres dkd. notifizirt. — H. L.: Fr. 2 — Ab 3. Qu. u. Fr. 3 — f. d. Freiburger Stadtverordnetenwahlen dkd. erh. — Lk. C. a. R. Mk. 100 — à Cto Ab. ꝛc. erh. — Dr. Clemm: Bf. v. 14/6. hier Weiteres erledigt. — Kilian: Mk. 37 75 à Cto Ab. ꝛc. gutgebr. Ottin in Nr. 24 somit ungiltig. Bitten künftig rechtzeitiger zu avisiren. Bf. mehr. — Flensburg: Mk. 12 — pr. Dsd. dkd. erh. — Schwarzflaggen Mk. 8 80 Ab. 3. u. 4. Qu. u. Mk. 12 88 à Cto Ab. gutgebr. Abr. geordn. Bstllg. folgt. Bfl. Weiteres. — S. S.: dwfl. 3 — f. Schft. erh. Bstllg. ꝛc. besorgt. — Blaschke: Am 17/6 nach Wunsch abg. — v. d. Eider: Mk. 150 — pr. S. à Cto Ab. pr. 20/3. gutgebr. — A. S. Bjl.: Mk. 10 40 Ab. 3. Qu. u. Schft. erh. Sbg. folgt. Adr. geordnet. — Großes Zuchthaus: Bf. v. 15. ds. erh. u. besorgt. Mk. 900 — à Cto Ab. ꝛc. pr. S. gutgebr. — J. L. Ch.: Bfe. v. 11. u. 18/6. nach Strafporto ꝛc. erh. Weiteres unserseits prompt besorgt. — Sch. H. O.: Mk. 4 25 Ab. 3. Qu. erh. — Die Rothen H. H.: Mk. 60 — à Cto Ab. ꝛc. erh. — Scheibe: Mk. 13 20 Ab. 3. Qu. erh. Warum noch immer getrennt? — Beelzebub: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. — 2. Fdg. i. S.: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. u. 60 Pf. pr. Usd. dkd. erh. Bf. Näheres. — J. Kps. Z: Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — Beobachter a. d. Sp.: Mk. 81 — à Cto Ab. ꝛc. erh. — A. Heims Syrakuse: (1 Doll.) Fr. 5 15 pr. Usds. dkd. erh. Grüße! — Gracchus M.: Mk. 50 — à Cto Ab. u. Mk. 28 65 pr. Grchg. ꝛc. erh. Weiteres notifizirt. — Rothbart: Bf. v. 15. am 18/6. beantw. Kostet 50 Cts. Strafporto da unfrankirt. — Vorposten a. d. Grenze: Bfl. pr. B. H. H. Näheres. — A. Höhne N.-York: (85 Cts.) Fr. 4 25 f. d. Gemaßregelt. i. Dischd. dkd. erh. — O. St. Gallen: Fr. 13 — f. Schft. u. Remtld. erh. Bfl. folgt. — A. A. Stockholm: Mk. 6 60 f. Schft. erh. Sbg. abg. — K. Esd.: Mk. 4 50 Ab. 3. Qu. erh. — E. Mgd. Drlk.: Fr. 2 — Ab. 3. Qu. erh. — Fr. Sp. Rsbch.: Fr. 3 10 Ab. 1/2 2. Qu. u. 3. Qu. pr. N. erh. — M. Sch. Dbln.: Mk. 10 40 f. Schft. erh. Sbg. folgt. — Fvg.: Mk. 5 — Ab. 3. Qu. u. Schft. erh. Sbg. folgt — A. T. W. dwfl. 1 70 à Cto Ab. 3. Qu. erh. Reicht nicht. — Rother Kaplan Mk. — 80 f. Schft. u. Mk. 2 94 pr. Usds. dkd. erh. — Rothe Feder Mk. 77 20 à Cto Ab. ꝛc. erh. Bfl. Weiteres. — C. W. Davos-Platz Fr. 15 — Ab. 3. Qu. u. Schft. erh. Sbg. folgt. — Arbeiter-Verein Ober-Engadin: Fr. 4 — Ab. 2. u. 3. Qu. pr. B. erh. Bfl. Weiteres.

Anzeigen.

Soeben erschien und ist durch uns zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft XIV. **Gracchus Babeuf und die Verschwörung der Gleichen.** Von G. Deville. Aus dem Französischen übersetzt und mit einem Nachwort von E. Bernstein.

Preis: 45 Pfg. = 55 Cts.

Porto und Versandtspesen außer der Schweiz kommen zu Lasten der Besteller.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek" werden erbeten. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

Zahlreichen und baldigen Bestellungen sehen entgegen

Volksbuchhandlung und **Expedition des „Soz."**
Hottingen-Zürich.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.